



**Verabschiedung der
Haushaltssatzung für das
Haushaltsjahr 2017
sowie Fortschreibung des
Haushaltssanierungsplanes**

Reden der Vorsitzenden der Ratsfraktionen
in der Sitzung des Rates am 29. November 2016

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion	3
Rainer Hübinger, Vorsitzender der SPD-Fraktion	12
Dr. Esther Kanschat, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	16
August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders	19
Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion	26
Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE	30
Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion	33
Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die Piraten	35

Hinweis für alle Reden:

1. Es gilt das gesprochene Wort.
2. Für die Inhalte sind ausschließlich die jeweiligen Fraktionen verantwortlich.

Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion

INVESTITION IN DIE ZUKUNFT

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lukrafka,
liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Bürgerinnen und Bürger,

das Zahlenwerk des Haushaltes 2017 wurde von Ihnen Herr Bürgermeister und Ihnen, Herr Bensch, bereits umfassend dargelegt, deshalb können wir getrost auf eine Wiederholung verzichten. Ich möchte auch nicht - wie in den vergangenen Jahren - wiederholen und begründen, dass die Kommunen bei der Gemeindefinanzierung alleine gelassen werden. Stattdessen will ich mich auf einige wenige wesentliche Themen für unsere Stadt konzentrieren und unsere Entscheidungsgründe dazu darlegen.

Integration im kommunalen Kontext

Velbert hat die Herausforderung der Flüchtlingskrise gut gemeistert. Eine Herausforderung, der wir uns alle unvorbereitet stellen mussten. Ich möchte direkt zu Anfang meiner Rede den Fokus auf die Menschen richten, die unsere Hilfe benötigen und auf diejenigen, die humanitäre Hilfe in den Vordergrund stellen und ehrenamtlich handeln und helfen. Ihnen allen möchte ich im Namen der CDU-Fraktion meinen herzlichen Dank aussprechen.

Die Stimmung in der Bevölkerung – selbstverständlich auch bei Parteimitgliedern - geht von vorbehaltloser Hilfsbereitschaft über Zweifel bis hin zu großen Bedenken und konkreten Ängsten um die eigene Sicherheit und die der Familienangehörigen. Wir müssen diese Ängste ernst nehmen und nicht versuchen sie nur verbal zu zerstreuen, sondern gemeinsam, argumentativ, auch keinen Streit scheuend, mit den Bürgern im ständigen Dialog bleiben.

Meine sehr verehrten Damen Herren!

Ich bin ich sehr stolz auf die Velberter Bürger, da neben der Bereitschaft zur Hilfe, die sachliche Auseinandersetzung mit der Aufgabe fast immer im Vordergrund stand und steht.

Die Menschen, die aus Kriegsgebieten flüchten, die eine ebenso beschwerliche, wie auch lebensgefährliche Reise mit ihren Familien und damit auch Kindern auf sich genommen haben, um sichere Lebensbedingungen zu finden, tun dies nicht ohne große Not!

Diese Menschen brauchen Unterstützung zur Orientierung in der für sie neuen Umgebung. Asylbewerber, die anerkannt werden und sich ein neues Leben hier aufbauen, denen müssen wir Möglichkeiten zur Integration bieten und dafür Sorge tragen, dass diese auch angenommen werden. Die CDU-Fraktion Velbert wird jegliche Bemühungen um Integration nach besten Kräften unterstützen. Wir können dies aber nicht alleine! Von Bund und Land erwarten wir auch zukünftig weitere finanzielle Unterstützung für diese großen Aufgaben. Die meisten Bürger, die Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung üben, bemängeln, dass die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge und diejenigen die keinen Flüchtlingsstatus bekommen nicht schnellstens ausgewiesen werden. Diesen Missstand zu beseitigen würde sicherlich auch hier die Akzeptanz weiter erhöhen.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

eine Vielzahl an Maßnahmen, die der Integration dienen, erfolgen erfreulicherweise bereits in Velbert. Wir als CDU-Fraktion wünschen uns eine Aufzählung und Aufschlüsselung der Maßnahmen, gerne auf Basis des Kreisintegrationskonzeptes von 2015 Politische Steuerung ist für uns erst möglich, wenn Grundlagendaten zusammengetragen und Defizite und Stärken erkennbar sind.

Aber dafür müssen wir Fakten kennen z.B. im Bereich der Jugendhilfe und der außerschulischen Jugendarbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Sind sie effektiv oder eher ein Alibi in der mehrkulturellen und -religiösen Gesellschaft? Wir werden zu diesem Thema in Kürze einen Antrag in die Fachausschüsse einbringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Landesregierung lässt uns leider an diesem Punkt finanziell im Regen stehen. Aktuell fehlen 1,5 Mio. € an Erstattung durch das Land im Bereich der Unterbringungs- und Betreuungskosten für Flüchtlinge im laufenden Haushalt. Der Städte- und Gemeindebund hat das Problem der Kommunen erkannt und fordert deshalb von Bundesregierung und Landesregierung einen Masterplan und eine langfristige Finanzierungsperspektive, welche den Kommunen Planungssicherheit gewährt.

Wir vor Ort können die besten Integrationspläne entwerfen, wenn das Geld fehlt, nutzen die besten Ideen nichts! Daher hoffen wir, dass der Brandbrief der Bürgermeister Gehör findet und sich das Land zukünftig deutlich stärker als bisher an den Kosten der Integration beteiligt. Selbst die versprochenen 10.000 Euro pro Flüchtling und Jahr ab 2017 werden vorne und hinten nicht reichen. Was wir brauchen sind Investitionen in Kinderbetreuung, Schulen, Sprachkursen, Berufsvorbereitungskursen und in den Wohnungsbau!

Meine Damen und Herren,

eines liegt auf der Hand: die Kosten, die durch eine gescheiterte Integration von Flüchtlingen entstehen, sind mit Sicherheit höher als die Kosten für eine gelungene Integration. Daher kann ich Herrn Walter-Borjans nur davor warnen, sich die Integrationshilfe des Bundes einzustecken und als „verbesserte Steuereinnahme“ zu verbuchen.

Unserem Bildungssystem kommt hierbei die Schlüsselfunktion zu. Denn Bildung schafft die Voraussetzungen für die soziale Integration von Migranten in sämtlichen Lebensbereichen. Und da reicht es alleine nicht aus, wenn das Land den Städten jetzt Kredite zur Verbesserung der Schulinfrastruktur andient!

Auch wenn wir das Geld dringend brauchen: Der Weg, den die Landesregierung dafür einschlägt, können wir allerdings nicht gutheißen. Statt die Finanzierung aus den seit mehreren Jahren sprudelnden Steuereinnahmen des Staates sicherzustellen, lebt man hier "auf Pump" über die NRW-Bank. Verkauft wird uns das Programm „Gute Schule 2020“ als Wundermittel. Fakt aber ist, unsere Schulen sind im Vergleich zu anderen Städten in einem relativ guten Zustand und somit hält sich der Sanierungsstau in Grenzen. Wir haben alleine in den letzten 5 Jahren knapp 22 Mio. Euro in unsere Grund- und weiterführenden Schulen aus dem städtischen Haushalt investiert. Ich habe bereits erwähnt, dass wir die angekündigten Mittel trotzdem dringend brauchen können. Wenn das Geld weitestgehend für das neue Schulprojekt - 5 zügige Grundschule – eingesetzt wird, hilft es sicherlich andere Projekte wie zum Beispiel das Schloss Hardenberg zu stemmen.

Investitionen in die Zukunft

Nun zu den wesentlichen Projekten des städtischen Haushaltes für das kommende Jahr:

Meine Damen und Herren, wie heißt es so schön: die Klugen investieren in schlechten Zeiten. Deshalb gehen wir jetzt voran und tätigen die entsprechenden Investitionen, die Stadtentwicklung für unsere Bürger möglich machen. Auch wenn die finanzielle Situation der Stadt Velbert angesichts der Vielzahl von pflichtigen Aufgaben angespannt bleibt!

Allein im Haushalt 2017 sind Investitionen in Höhe von insgesamt rund 16,2 Millionen Euro - ohne die Mittel für das Schloss Hardenberg vorgesehen. Wir müssen hier aber festhalten,

dass die Investitionskosten der im Haushalt aufgeführten Maßnahmen - insbesondere zur Verbesserung der Innenstadt, der Schaffung von Wohnraum in Verbindung mit der Umsetzung des nächsten Bauabschnitts am Sportzentrum und den Bau eines neuen Museums - unsere Investitionsmittel langfristig binden werden. Wir haben im Vorfeld zu unserer Zustimmung, teilweise auch sehr kontrovers, Chancen und Nutzen der Projekte selbstverständlich gut abgewogen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich hoffe, dass wir uns hier im Saal einig sind: unsere Stadt muss attraktiver werden und das ist – im Wettbewerb mit den umliegenden Städten mit deutlich höheren Steuereinnahmen – eine schwere Aufgabe!

Einen Großteil wird finanzierbar sein aus dem Erlös von Grundstücksverkäufen, zum Beispiel an der Kastanienallee, der Sonnenblume und der Poststraße. Wenn auch zurzeit keine verlässlichen Zahlen von der Verwaltung hierzu genannt werden können, sind aber die ursprünglichen Zahlen, die als Grundlage der Beschlussfassung zum Beispiel für das Sportzentrum, vor längerer Zeit vorlagen, auch heute noch relevant.

Vor diesem Hintergrund ist der geplante zweite Bauabschnitt am Sportzentrum zu erwähnen. Das beschlossene Konzept sieht die Aufgabe der traditionellen SSVg-Spielstätten „Am Berg“ und der „Christopeit Sport Arena“ vor. Der Gesamtverein soll dann am „EMKA Sportzentrum“ auf einer Anlage zusammengezogen werden.

Die CDU-Fraktion sowie ich persönlich, stehen und standen zu jeder Investition im Bereich der Sportstätten, denn unser erklärtes Ziel ist die Förderung des Breitensports. Mit dem Bau des EMKA-Sportzentrums an der Metallstraße, in verkehrsgünstiger Lage, ist eine gut nachgefragte Sportstätte für die Velberter entstanden!

In Velbert ist jeder vierte Bürger Mitglied eines Sportvereins! Rund 6300 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahren gehören einem Verein des Stadtsportbundes an! Wenn man nach Sparten differenziert, sind die Fußballer in Velbert Spitzenreiter. Insgesamt kommen die 14 Vereine auf rund 3.400 Mitglieder, 1500 davon sind unter 18 Jahren.

Das Sportzentrum wird hervorragend angenommen und wenn man sieht, wie viele Kinder dort täglich ihre Freizeit sinnvoll verbringen, so hat sich diese Investition gelohnt.

Alternativen zur der Errichtung eines Stadions mit Trainingsplatz am Sportzentrum waren nicht in Sicht. Der Bedarf, insbesondere an zusätzlichen Trainingsmöglichkeiten, ist unbestreitbar und seit vielen Jahren vorhanden. Auch wenn der Verein dem Standort an der Sonnenblume gerne treu geblieben wäre, so machen es baurechtliche Rahmenbedingungen, wie der Schutz der Anwohner vor Lärm am Stadion Sonnenblume und auch Am Berg, nicht mehr möglich. Die Machbarkeitsstudien und die Variantenvergleiche lassen hier keinen Entscheidungsspielraum.

Integratives Handlungskonzept –Sanierungsmaßnahmen für die Innenstadt

Der Startschuss für die „Sanierung der Innenstadt“ ist gefallen und im kommenden Jahr stehen verschiedene Maßnahmen der Sanierung an. Die Fördermittel für den Platz am Offers sind bewilligt, der Abriss des alten Marktzentrums hat begonnen, ein professionelles Stadtmarketing hat seine Arbeit aufgenommen und erste Förderanfragen zur Fassadenerneuerung in der Fußgängerzone liegen vor.

Ich möchte an dieser Stelle nur auf zwei Projekte eingehen, die neue Fußgängerströme an die Innenstadt binden:

„Zeitgeist – im Deutschen Schloss- und Beschlägemuseum“

Das Deutsche Schloss- und Beschlägemuseum hat Zukunft! Wir sind dankbar – und da darf ich auch für unseren ehemaligen Bürgermeister Heinz Schemken sprechen, der sich mit uns intensiv mit der Neukonzeption beschäftigt hat, dass diese Entscheidung nicht dem Spardiktat zum Opfer gefallen ist. Das Museum zieht um in die historische Villa Herminghaus und erhält einen Anbau in direkter Nähe der Fußgängerzone.

Meine Damen und Herren,

ich bin mir im Klaren darüber, dass ein solches Museum, wie alle unterschiedlichen Zweige der Kultur immer eines Zuschusses bedürfen. Unser Museum wird sicher deutschlandweit keine außergewöhnlichen Besucherströme anlocken, aber es wird ein Highlight in der Museumslandschaft der Region werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein paar Sätze zur Villa Herminghaus sagen: Jahrzehntlang lag die Villa unbeachtet am Rande des Europaplatzes. Der Denkmalschutz verhinderte -Gott sei Dank- einen Abriss. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen der Stadt und dem bergischen Geschichtsverein, zwingt die Stadt nun zu Investitionen in den nächsten Jahren in die Villa. Die Investitionen zum denkmalgerechten Erhalt der Villa würden somit auf jeden Fall, auch ohne Museum anfallen.

Für mich ganz persönlich und die CDU-Fraktion ist es eine gute Idee, dieses Museum in das ehemalige Wohnhaus des Gießereibesitzers Carl Tiefenthal (im Besitz von 1885 bis 1913) und des Schlossfabrikanten und Gießereibesitzers Emil Herminghaus zu integrieren.

Ich bin stolz darauf, dass eine breite Mehrheit im Rat der Stadt das Museum und die Villa Herminghaus als zeitgeschichtliches Dokument und Denkmal erhalten will und mit einem neuen „musealen-pädagogischen-eventorientierten-Erlebnis-Konzept“ aus dem Dornröschenschlaf wecken will. Wie bei der zukünftigen Erarbeitung eines Konzeptes für das Schloss Hardenberg erwarten wir auch bei dem Museumskonzept eine Beteiligung von Bürgern und Politik. Das Museum ist auch eine Investition in die Zukunft für unsere Kinder und wir bitten die Verwaltung hier auch das Schülerparlament zeitnah mit einzubinden.

Dieses Museum ist nicht nur Velberter Heimatkunde, sondern die Exponate sind Zeitzeugen des damaligen Zeitgeistes. Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich, dass in meiner Fraktion – vor allem unter den Jüngeren, die Meinung vertreten wird, die Einrichtung – wegen fehlender Besucher - zu schließen. Aber genau hier müssen wir ansetzen und die Blickwinkel „Gestern-Heute-Morgen“ miteinander verknüpfen. Dass ist natürlich nicht zu schaffen, wenn das Museum wie bisher fortgeführt wird. Das Museumskonzept muss erreichen, dass auch Kinder ihre Eltern ins Museum „schleifen“. Dafür müssen wir auf eine spannende Weise die bekannte Welt der jungen Leute erschließen und erfahrbar machen. Museum muss erlebbar für kleine Forscher werden. Das Thema Schlösser und Beschläge ist meiner Meinung nach dafür prädestiniert!

Die umfangreichen Bau- und Sanierungsarbeiten die in den nächsten Jahren in der Velberter Innenstadt vorgenommen werden, werden unseren Bürgern einiges an Beeinträchtigungen abverlangen. Wir hoffen insoweit einerseits auf Verständnis, bitten umgekehrt die Verwaltung aber auch, besonderes Augenmerk auf die Koordinierung der Arbeiten zu legen. Das Innenstadtbüro, welches allen Bürgern, die sich für die Entwicklung der Innenstadt von Velbert-Mitte interessieren offensteht, ist sicherlich eine wichtige Anlaufstelle.

Forum Niederberg - „Haus der Bildung“

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Umzug des Deutschen Schloss- und Beschlägemuseums ist Voraussetzung für den positiven Effekt, dass eine neue Nutzungskonzeption für das Forum Niederberg erarbeitet werden kann. Die Fußgängerzone braucht Besucher, daher ist es von Nöten, neben frequenzbringenden Einrichtungen auch Serviceangebote in der Nähe zu installieren, die den Einzelhandel in Velbert stützen können.

Die Volkshochschule, die derzeit noch an verschiedenen Standorten in Velbert Mitte ihre Kurse anbietet, zieht motivierte Menschen an. Menschen, die etwas erfahren und lernen, die sich austauschen und entwickeln wollen. Sie beleben die Innenstadt den ganzen Tag über an mindestens sechs Tagen in der Woche. Zweifelsohne wirkt die VHS für die Innenstadt als Frequenzbringer, in diesem Semester sind es 930 Teilnehmer und Dozenten pro Woche (Montag bis Samstag), die Kurse der VHS besuchen. Diesen starken Impuls müssen wir gezielt für unsere Stadtplanung nutzen. Und das Gute daran ist: der lang ersehnte Durchbruch in der Diskussion um eine Zentralisierung der VHS wäre zu schaffen.

Meine Damen und Herren,

ich habe großes Verständnis für die Händlerschaft und die sich ändernden Rahmenbedingung durch den Online-Handel. Und ich versichere Ihnen, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun werden, um die Innenstadt attraktiver und bürgerfreundlicher zu gestalten. Die geplanten Maßnahmen für die Innenstadt dienen auch der Förderung des Einzelhandels. Die Betonung liegt hier auf fördern! Ich wünsche mir auf der anderen Seite von den Velberter Händlern aber auch mehr Eigeninitiative. Die normale Vorgehensweise wäre, der Einzelhandel plant und bittet, wenn nötig, die Verwaltung um Unterstützung. Ein Fest der Lichter sollte zum Beispiel nicht nur von der VMG, sondern durch die Händler, von mir aus auch mit Unterstützung der VMG, durchgeführt werden. Was mit dem Weihnachtsmarkt funktioniert, so hoffe ich zumindest, muss Standard werden.

Auch der Einzelhandel muss Einkaufen zum Erlebnis im Kleinen werden lassen. So frage ich mich, warum wird in Einkaufszentren Kinderbetreuung angeboten, aber in einer Fußgängerzone, mit Ausnahme in den Weihnachtswochen, nicht. Warum schaffen es die ansässigen Händler nicht sich auf gemeinsame Maßnahmen auch während des ganzen Jahres zu verständigen.

Schloss Hardenberg

Meine Damen und Herren, ich muss zugeben, dass ich zunächst skeptisch war als der Landtagsabgeordnete und Kollege Volker Münchow mir anvertraute, dass er im Bund einen Fördertopf zur Finanzierung des Schlosses Hardenberg gefunden habe.

Umso mehr haben wir uns gefreut, als nun kürzlich die überaus gute Nachricht kam, dass die Stadt Velbert 4,2 Millionen Euro für das Schloss Hardenberg erhält. Diese Förderung bedeutet aber auch, dass wir im städtischen Haushalt in den nächsten Jahren die gleiche Summe zur Verfügung stellen müssen. Wie es machbar wäre habe ich bereits zu Beginn der Haushaltsrede dargelegt.

Für diese großartige Nachricht nehme ich gerne in Kauf, dass viele Kollegen – auch mit meinem Parteibuch – von dieser Aktion überrascht wurden. Zum Wohle der Sache und unserer Stadt – und darum geht es hier einzig und allein – war es hier genau der richtige Weg bis zur Entscheidung stillschweigend zu agieren. Danke lieber Kollege Münchow, ohne Sie wäre das nicht möglich gewesen!

Meine Damen und Herren,

das verleiht natürlich unserer angestoßenen Diskussion um die Nutzungskonzeption des Schlosses erheblichen Rückenwind. Wir freuen uns, dass unser Antrag – einer Kinder- und Familienorientierten Nutzung - eine breite Mehrheit im Rat gefunden hat und auf eine große positive Resonanz in der Öffentlichkeit gestoßen ist.

Die CDU-Fraktion ist fest davon überzeugt, dass die Gestaltung des Areals rund um das Ensemble des Schlosses Hardenberg ganz auf die Bedürfnisse von Familien und Kindern ausgerichtet werden sollte.

Im Übrigen treffen wir mit dieser Haltung auch den Nerv der Bevölkerung. Denn auf unser Nachfragen teilte man uns mit, dass sich im Rahmen der Umfrage der KVV am Schloss Hardenberg eine deutliche Mehrheit der Befragten für eine Nutzung der Flächen rund um das Schloss für Familien und Kinder ausgesprochen hat.

Wir sind daher sehr gespannt, welche Ergebnisse die weiteren Untersuchungen bringen werden. Auch wenn wir kreative Köpfe hier vor Ort haben, sind wir der Meinung, dass wir ohne externen Sachverstand nicht auskommen werden. Aber auch hier müssen wir darauf achten, dass die Ausgaben für Gutachter und begleitende Umfragen im Rahmen bleiben. Hier regen wir an, dass die Verwaltung auf den Landrat des Kreises Mettmann zugeht. Ich erlaube mir hier zwei Hinweise: zum einen arbeitet der Kreis derzeit mit einer kreativen Agentur zusammen, die einzigartige Erfahrungs-, Spiel- und Außenräume für Menschen jeden Alters europaweit entwickelt, plant und baut. Und zum anderen bin ich überzeugt, dass der Kreis auch ein offenes Ohr haben wird, was eine mögliche finanzielle Beteiligung an einem Gutachten betrifft. Denn aus Sicht des Kreises gehört das Schloss Hardenberg genauso zum Neanderland wie der Blaue See in Ratingen. Hier hat der Kreis 10.000 Euro zum Gutachten dazugegeben.

Kunstszene Langenberg

Meine Damen und Herren,

die CDU-Fraktion ist wie die Langenberger Bürger stolz auf das Bürgerhaus in Langenberg. Wir springen aber zu kurz, wenn wir dieses Haus nur als Spielstätte für Velbert sehen. Wenn die Aussage besteht, dass der große Saal der akustisch beste nördlich der Alpen ist, dann hat hier der Betreiber des Saales die große Aufgabe, eine Vermarktung entsprechend überregional zu forcieren.

Es bleibt festzuhalten, dass Langenberg unwidersprochen ein Schmuckkästchen von der Bausubstanz ist. Aber schön alleine reicht nicht.

Ich persönlich kann mir Langenberg als ein Dorf von Künstlern vorstellen, als ein Kreativraum in dem das Zuschauen beim Kunstwerken erlaubt ist. Ich bitte daher die Kunstinteressierten dieser Stadt mit den Kunstvereinen unserer Stadt ins Gespräch zu kommen und nach Ideen und Lösungen zu suchen, die Langenberg weiter zu einem Ort der Kunst werden lassen. Beispielsweise stelle ich mir die Frage, ob es nicht möglich wäre, dass in leerstehenden Ladenlokalen Künstler einziehen und diese als Atelier zur Verfügung gestellt bekommen?

Schulentwicklungsplanung

Meine Damen und Herren,

wie wichtig und wegweisend die Entscheidungen im Bereich Schule für die Zukunft unserer Kinder und auch für den Standort Velbert sind, muss ich Ihnen nicht erklären. Begriffe wie Elternwille, hochwertige pädagogische Arbeit, Durchlässigkeit im Schulsystem, Inklusion und

gemeinsames Lernen in der Regelschule, der drohende Fachkräftemangel und das Ziel einer wohnortnahen Beschulung, zeigen die Komplexität der zu treffenden Entscheidungen.

Selbstverständlich liegt uns der Elternwunsch nach einer bestimmten Schulform am Herzen und wir sind grundsätzlich gewillt, Eltern in ihrer Entscheidung zu unterstützen. Selbstverständlich verstehen wir den Wunsch nach einer weiterführenden Schule in Neviges, was die Unterstützung der Sekundarschule in Neviges belegt. Wir können aber bei allen Diskussionen die Augen nicht davor verschließen, dass die Eltern trotz vorheriger positiver Elternbefragung im Endeffekt ihre Kinder doch an anderen Schulen angemeldet haben. Nun besteht die Gefahr wieder, wir gründen eine Gesamtschule in Neviges und möglicherweise reichen die Anmeldezahlen wieder nicht aus.

Der Schulentwicklungsplan zeigt auf: Wer JA zur Gründung einer 4-zügigen Gesamtschule sagt, sagt auch JA zur der Schließung der Realschule Kastanienallee und nimmt mittelfristig die mögliche Schließung eines Gymnasiums – vielleicht in Langenberg – in Kauf! Ich fordere ausdrücklich den Vorsitzenden des Schulausschusses auf, in diesem Punkt ehrlich mit den Bürgern umzugehen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion gehört es zum guten Stil, dass erst Gespräche mit Betroffenen geführt werden, bevor Fakten geschaffen werden. Dass ausgerechnet unter Federführung der Grünen ein Antrag zur Zukunft der Schullandschaft eingebracht wurde, bevor die Stellungnahmen der Schulleiter und Schulpflegschaften überhaupt vorliegen, irritiert uns doch sehr. Sie schreiben sich doch ansonsten immer auf die Fahne besonders basisdemokratisch zu sein. Hier wäre es wirklich angebracht gewesen, zunächst Schulleiter und Elternpflegschaften zu hören.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich werde mich an dieser Stelle nicht für oder gegen eine Gesamtschule positionieren, denn darum geht es hier schon längst nicht mehr. Auch in meiner Fraktion gibt es Befürworter für eine weitere Gesamtschule aber nicht um jeden Preis. Aber eines kann ich Ihnen versichern: ich werde immer, egal wie nun eine Mehrheitsentscheidung fällt, ehrlich mit den Schülerinnen, Schülern und Eltern umgehen!

Wir haben in Velbert eine der besten Hauptschulen in NRW – 590 Kinder gehen dort zur Schule, davon 70 Förderkinder nach AOSF-Verfahren, die entweder schon eine Behinderung haben oder von Behinderung bedroht sind und an der Martin-Luther-King -Schule eine intensive sonderpädagogische Förderung erhalten.

Die Diskussion um eine verbleibende „Resteschule“ wie im Schulentwicklungsplan betitelt wird, findet statt auf Kosten der schwächsten Kinder in dieser Gesellschaft und im Schulsystem. Ich brauche Sie nicht nach einer ehrlichen Antwort zu fragen, was mit den Kindern wird, die an der neuen Gesamtschule nicht genommen werden? Was ist mit unserer Fürsorgepflicht für alle Velberter Schülerinnen und Schüler? Dieser müssen wir zweifelsfrei auch nachkommen.

Auch wenn Befürworter argumentieren, auch diese Kinder müssen künftig an den Velberter Gesamtschulen unterrichtet werden, so entspricht das nicht dem pädagogischen Konzept einer Gesamtschule. Denn dieses bedarf einer Heterogenität in der Schülerschaft.

Ich war erst sehr überrascht und mittlerweile auch froh, dass die Schulaufsicht der Bezirksregierung und des Kreises dieses Problem erkannt hat und gemeinsam mit den Schulleitern der weiterführenden Schulen einen gemeinsamen Vorschlag für die politischen Gremien verfasst haben. Dieser sieht eine Dependance von einem Zug der Martin-Luther-King-Schule vor, sowie von zwei Zügen der Realschule Kastanienallee am Standort der Heinrich-Kölver-Schule in Tönisheide.

Der Vorschlag hat mich und meine Fraktion zunächst überrascht. Aber wer länger darüber ideologisch frei nachdenkt wird sicherlich auch die Chance erkennen die dieser Kompromiss bietet.

Die Vorteile liegen auf der Hand: dem Elternwunsch nach einer weiterführenden Schule in Neviges wird entsprochen und die gut funktionierenden Schulen des bestehenden Schulsystems werden nicht in Frage gestellt.

Meine Damen und Herren,

niemand von uns kann in die Zukunft schauen und wird absehen können was die nächste Landesregierung an Neuerungen im Bildungswesen vorsieht. Ich hoffe, dass es endlich sinnvolle Lösungen für die Schülerinnen und Schüler geben wird, anstatt erneutes „Verschlimmbessern“!

Somit sollten wir unsere Entscheidungen mit Blick auf diese Unwägbarkeiten wie die mögliche Abkehr von G8 und der Wechsel zur Zweigliedrigkeit durch Gesamtschulen ohne (eigene) Oberstufen zurückstellen. Zumindest solange bis sich ein Weg abzeichnet, der den Schülerinnen und Schülern eine optimale Schulversorgung in Velbert ermöglicht.

„mobiles Rathaus“ für die Stadtteile

Die längst umgesetzte Reduzierung der Öffnungszeiten der Bürgerbüros in Langenberg und Neviges bedauern wir insoweit, als auch von uns geforderte Alternativen zum Beispiel mit einem Online-Angebot der Stadtverwaltung d.h. das elektronische Rathaus, noch nicht unseren Qualitätsanforderungen entspricht. Daher bitten wir die Verwaltung den derzeitigen Status-Quo hinsichtlich der Öffnungszeiten aufrecht zu erhalten. Wir finden auch die Möglichkeit eines mobilen Bürgerbüros charmant und bitten daher die Verwaltung dies zu prüfen. Dabei sollte das Ziel verfolgt werden, mehr Leistung dezentral und einen niederschweligen Zugang zum Rathaus anzubieten und damit mehr Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe zu fördern.

Verkehr

Meine Damen und Herrn, seit über 40 Jahren kämpfen wir für den Autobahnanschluss der A44. Und es ist großartig, dass der Anschluss Velbert-West im Jahr 2018 fertiggestellt sein wird. Doch was ist dann? Der überregionale Anschluss Velberts endet dann in Heiligenhaus am „Grünen Jäger“.

Die Fertigstellung des West-Astes bis Ratingen Ost wird zwar bis 2020 versprochen aber wer glaubt das?

Meine Damen und Herren,

als Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses bin ich davon überzeugt, dass wir uns stärker mit den Auswirkungen von Projekten auf unser Straßennetz befassen müssen. Neue Baumaßnahmen bedeuten automatisch neue Verkehrsströme und Fahrbeziehungen. Wir alle hier erleben es täglich, die Verkehrsqualität unserer Stadt sinkt durch längere Wartezeiten und Rückstauungen an Knotenpunkten, wie zum Beispiel entlang der Hauptachsen im Bereich der Langenberger Straße und der Friedrich-Ebert-Straße.

Was wir daher unbedingt brauchen, ist eine verlässliche Verkehrsentwicklungsplanung für Velbert. Der Verkehr muss im Zusammenhang mit der Umwelt, der Stadtgestaltung und Stadtverträglichkeit betrachtet werden und sicherstellen, dass die entsprechenden Ansprüche der Bürger berücksichtigt werden. Im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes wurden erste Ansätze beschlossen. Hier muss es aber weitergehen und Straßen und Verbindungen welche die Innenstadt und Wohngebiete entlasten, gesucht und vorbereitend eventuell auch für

eine spätere Realisierung geplant werden. Ich erinnere hier in diesem Zusammenhang an die Diskussion zur Errichtung einer Osttangente zwischen Schmalenhoferstraße und dem OBI Kreisel. Die Entwicklung einer Wohnbaufläche an der Schmalenhoferstraße wird die Verkehre auf der Straße und den anschließenden Kreuzungsbereich weiter belasten.

Daher werden wir für den nächsten Umwelt- und Planungsausschuss ein Verkehrsentwicklungskonzept 2030 beantragen. Es soll Strategien für die Verkehrsplanung der nächsten Jahre festlegen. Nur so können wir Steuerungschancen in der Stadtentwicklung nutzen. Selbstverständlich halte ich es für sehr sinnvoll, das von uns beantragte Radwege-Konzept für Velbert konzeptionell dabei zu berücksichtigen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bensch, wir bedanken uns bei Ihnen und bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die Vorbereitung des Haushaltes, dem wir in der vorliegenden Form zustimmen werden.

Ebenso bedanken wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD Fraktion und der Fraktionen Velbert anders für die kollegiale und konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Rainer Hübinger, Vorsitzender der SPD-Fraktion

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,**

dass ich hier einmal als Fraktionsvorsitzender der SPD stehen werde und eine – meine erste - Haushaltsrede halten werde, habe ich mir wahrlich nicht vorstellen können. Im September 1985 wurde ich – 10 Jahre nach der Neugliederung – in diesem Ratssaal zum stellvertretenden sachkundigen Bürger des Bezirksausschusses Neviges gewählt. 1989 bin ich dann mit 24 Jahren direkt in den Rat der Stadt Velbert eingezogen. Mit Unterbrechungen (1994-96 und 2004-2009) bin ich seitdem Mitglied des Rates der Stadt Velbert. Von 2004 bis 2009 und seit 2014 bin ich auch Kreistagsabgeordneter, allerdings muss ich dort keine Haushaltsreden halten, sondern die Interessen von Velbert in der Kreisgemeinschaft vertreten.

Damals als junger Sozialdemokrat hätte ich mir auch nicht gedacht, dass ich mal mit der CDU und Velbert anders so eng zusammenarbeiten würde. Aber die SPD bekennt sich zur Zusammenarbeit mit der CDU und Velbert anders zum Wohle der Stadt Velbert. Hier möchte ich mich bei beiden Fraktionsvorsitzenden – bei allen Meinungsverschiedenheiten – für das gute Miteinander bedanken. Im Kompromiss liegt auch die eigentliche Kraft der Demokratie. Eine Stadt darf in ihrer Entwicklung nicht von Zufallsmehrheiten abhängen. Das wäre fatal und wird auch von den Bürgerinnen und Bürgern nicht gutgeheißen. Allerdings wird es eine Zusammenarbeit zum bloßen Machterhalt bis zur Selbstaufgabe der politischen Zielsetzungen der SPD unter meinem Vorsitz nicht geben. Die SPD hat ein eigenständiges Profil und wir wollen es schärfen.

Insgesamt haben die vergangenen Jahre für die Bürgerinnen und Bürger viele Einschnitte bedeutet. Wir sind froh, dass mit dem von Bürgermeister Dirk Lukrafka eingebrachten Haushaltsplanentwurf nicht mehr so viele Kürzungen für Velberter Bürgerinnen und Bürgern vorgesehen sind – vor allem im sozialen Bereich.

Insgesamt hat sich 2016 viel getan:

In **Langenberg** ist das Bürgerhaus nach 10 Jahren Schließung und der Sanierung wiedereröffnet worden. Über 20 Millionen finanziert von Stadt und Land: ein gewaltiger Brocken in finanzieller Hinsicht, und ein städtebauliches Juwel. Das waren aufregende Wochen, die ich sicher nicht vergessen werde.

In **Neviges** gibt es 4,2 Millionen Euro für das Schloss Hardenberg als 50-%ige Förderung von der Kulturstiftung des Bundes. Hierfür möchte ich dem Landtagsabgeordneten und stellvertretenden Bürgermeister Volker Münchow ein herzliches Dankeschön sagen. Die anderen 50% der finanziellen Mittel müssen bei diesem Programm von der Kommune aufgebracht werden. Diese Gelder sind im Haushalt 2017 und in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Dafür möchte ich Bürgermeister Lukrafka und dem Stadtkämmerer Ansgar Bensch meinen Dank aussprechen.

Der Platz „Im Orth“ in Neviges ist von der TBV endlich fertiggestellt worden. Im abgelaufenen Jahr sind in Neviges viele Bauprojekte angeschoben worden, wie z.B. die Hügelstraße und der Jahnsporplatz.

In **Velbert-Mitte** tut sich ebenfalls eine ganze Menge. Endlich ist mit dem Abbruch des alten Marktzentrums begonnen worden. Der erste Schritt zum Bau der Stadtgalerie – eine Investition, die unsere Innenstadt dringend braucht. Durch die Neuerrichtung der „Stadtgalerie Velbert“, der Sanierung des Forums, den Neubau des Museums und der Umgestaltung des „Platz am Offers“ haben wir die historisch einmalige Chance einen Großteil der Innenstadt für die Zukunft zu rüsten und attraktiv zu gestalten, um einem Auspendeln der Bürger in die

Nachbarstädte entgegen zu wirken. Dies wäre allein durch die Stadt Velbert nicht zu schultern gewesen und daher geht der Dank an das Land NRW für die Aufnahme in das Innenstadtförderprogramm.

Auf Ablehnung bei der SPD-Fraktion stoßen allerdings die Pläne der Verwaltung, die Servicebüros in Langenberg und Neviges zu schließen. Vor allem mit Blick auf die immer älter werdende Gesellschaft glauben wir, dass es wichtig ist, dass die Angebote der Stadt auf kurzem Wege erreichbar bleiben müssen. Anstatt die Büros zu schließen, müssten ihre Öffnungszeiten eigentlich sogar ausgebaut werden. Dafür wird sich die SPD weiter einsetzen.

Die SPD wird außerdem darauf achten, dass geplante Preisanpassungen bei den Eintrittsgeldern im Kulturbereich nicht dazu führen, dass sich auch der Besuch des Kinder- und Jugendtheaters verteuert.

Die SPD wird eine Neufassung der Elternbeiträge zu Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege fordern. Die Einkommensstufen in der Gebührentabelle müssen überprüft und angepasst werden, um Familien mit mittleren Einkommen zu entlasten. Außerdem sollen Familien mit Mindestlohn ganz von diesen Gebühren zur Kinderbetreuung befreit werden. Ich hoffe, dass die Landes-SPD sich weiterhin für eine Beitragsfreiheit einsetzt und diese nach der Landtagswahl 2017 umsetzt.

Das Nachtlinienbussystem wurde 2012 gegen die Stimmen der SPD von der damaligen Ratsmehrheit abgeschafft. Wir sind weiterhin der Auffassung, dass dies ein Fehler war und werden uns für die Wiedereinführung der Nachtbuslinien einsetzen.

In Velbert, wie in andere Städten auch, muss das Programm „Gute Schule 2020“ des Landes NRW so umgesetzt werden, dass eine umfassende Sanierung und Ertüchtigung unserer Schulen mit modernen Medien möglich ist – und zwar deutlich über die bisher geplanten Maßnahmen hinaus. Dazu haben wir ja in der heutigen Ratssitzung einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir alle wissen, dass erfolgreiches Lernen von gelingenden Unterrichtsbedingungen abhängig ist. Und zu diesen gelingenden Unterrichtsbedingungen zählen auch intakte Schulgebäude mit einer modernen Ausstattung und Infrastruktur.

Deshalb unterstützt uns unsere SPD-Landesregierung nach Kräften. Dank des Programms „Gute Schule 2020“ profitieren unsere Schulen von 6,1 Millionen Euro zusätzlich für die Erneuerung von Schulgebäuden, Klassenräumen und Toiletten, für die Modernisierung der naturwissenschaftlichen Ausstattung und für eine zeitgemäße digitale Infrastruktur, für die Erweiterung des Offenen Ganztags und für Barrierefreiheit.

Insgesamt aber trifft dieser Haushaltsentwurf auf unsere Zustimmung. Wenn die finanziellen Möglichkeiten der Stadt Velbert besser wären, könnte man sich zwar mehr Investitionen und Manpower vorstellen, dieser Haushalt ist aber das, was heute für 2017 möglich erscheint.

Ein kluger Mensch hat einmal gesagt: „Planung ist das Ersetzen des Zufalls durch den Irrtum“. Was finanziell für die Stadt 2017 wirklich kommt, weiß keiner. Was 2017 geplant ist, wissen wir schon.

Der Bürgermeister hat mir zugesagt, dass es in der Stadtverwaltung einen Referenten für die Akquise und Koordination von Fördermitteln geben wird. Der Bund, das Land und die Europäische Union bieten zahlreiche Förderungen für Kommunen an. Davon muss man aber erstmal wissen, um so zusätzliche Chancen für die Entwicklung unserer Stadt zu eröffnen. Im Zusammenhang mit der heute zu beschließenden Neukonzeption der Städtepartnerschaften kann dies auch ein wichtiger Impuls sein.

Begrüßt wird von der SPD, dass der Stellenplan im Jugendbereich endlich umgesetzt wird und die lange unbesetzten Stellen jetzt ausgeschrieben und dann hoffentlich auch besetzt

werden. Neubesetzungen im Rahmen des Stellenplanes müssen auch in anderen Bereichen der Stadtverwaltung zeitnah erfolgen, um die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht weiter ansteigen zu lassen.

Im nächsten Haushaltsjahr sollen 16.000 Euro für die leidigen Stromkästen auf dem Nevigeser Wochenmarkt bereitgestellt werden. Kabelquerungen und damit Stolperfallen sollen endlich der Vergangenheit angehören.

Die SPD hat einen Prüfauftrag eingebracht, wie man Neviges zusätzlich zum Schloss noch attraktiver machen kann. Wir möchten, dass das PSI-Gelände in Neviges abgeräumt wird und der Lohbach und der Hardenberger Bach wieder freigelegt werden. Eine Neugestaltung mit einer Ufertreppe am Bach soll die Qualität der Freizeit in Neviges erhöhen und zum Verweilen einladen. Bevor hier bauliche Veränderungen beginnen können, muss eine Lösung für das auf dem PSI-Gelände angesiedelte SOS-Team gefunden werden. Diese zur Aufenthaltsqualität beitragende wichtige Verbindung zwischen Nevigeser Innenstadt und dem Schloss mit der Wehranlage muss weitergehen. Wir müssen endlich ein Konzept entwickeln, wie das Schloss Hardenberg künftig genutzt werden soll. Seit Beginn der 90iger Jahre wird immer mal wieder über ein Nutzungskonzept in der Politik und in der Öffentlichkeit diskutiert. Diese Diskussionen sollten endlich zu einem Schlusspunkt kommen. Das Schloss und die inzwischen fertiggestellte Wehranlage müssen eindeutig im Fokus bleiben. Das heißt aber ausdrücklich auch: das Umfeld besonders für Familien attraktiv zu gestalten.

Im Bildungsbereich favorisiert die SPD eine weiterführende Schule in Neviges. Ein so großer Stadtbezirk darf nicht ohne weiterführende Schule sein. Wir wünschen uns eine Schule mit sportlichem Schwerpunkt, da wir an dieser Stelle eine hervorragende Sportinfrastruktur mit Dreifachturnhalle, Sportplatz, Schwimmbad und Tennisplätzen bereits vorfinden. Durch die schon seit Jahren vielen Ablehnungen bei der Schulanmeldung an der Gesamtschule und der Ablehnung der Sekundarschule kann es, unserer Meinung nach, nur eine Gesamtschule sein.

Wir stehen ebenfalls für den Neubau einer fünfzügigen Grundschule in Velbert Mitte. Die Konzeption der Schule sollte aber kleinteilig ausgerichtet sein, damit die Grundschul Kinder nicht von der Größe des Gebäudes erschreckt werden. Die dringend benötigte Kindertageseinrichtung und eine Zweifachturnhalle werden dort ebenfalls entstehen. Diese zentralen Forderungen der SPD werden nun mit diesem Vorhaben umgesetzt.

Ob die zurzeit bestehenden Plätze zur Kindertagesbetreuung in der Stadt insgesamt ausreichen, wird von der SPD an einigen Stellen der Stadt zumindest bezweifelt. Ebenso muss das Angebot an U3-Plätzen in Kindertagesstätten ausgebaut werden, Tagesmütter werden von uns nur als Übergangslösung betrachtet.

In Langenberg prüft die Verwaltung auf Druck der SPD, ob ein Neubau einer zweizügigen Grundschule im Bereich Nierenhof/Bonsfeld realisierbar ist. Mit dieser Möglichkeit könnte die Max und Moritz-Schule unter ein Dach ziehen.

Im kulturellen Bereich bekennen wir uns nach reiflicher Überlegung zum Neubau des Deutschen Schloss- und Beschlägemuseums. Ohne zusätzliches Personal wird aber eine Neuausrichtung hier nur schwierig möglich sein. Wir haben uns als SPD-Fraktion die Konzeption des Neanderthalmuseums erklären lassen. Dabei ist uns klar geworden, wie wichtig ein gutes, regelmäßiges und ausstrahlendes Marketing ist. Wir wünschen uns ein noch stärkeres Bekenntnis der hiesigen Industrie zum bundesweit einzigen Schloss- und Beschlägemuseum. Die SPD wird den Museumsneubau eng begleiten und sich dort auch entsprechend stark einbringen.

Nach unseren Erfahrungen muss die Struktur von KVV, KVBV und der Kulturabteilung der Stadt Velbert dringend verändert werden. Dieses Wirrwarr von Zuständigkeiten, unter denen die Kunden leiden und unsere Außenwirkung weit in die Region negativ beeinflusst wird,

muss klar strukturiert werden. In vielen Gesprächen mit Velberter Vereinen ist mir wieder deutlich geworden, dass die Räumlichkeiten der Kultur- und Veranstaltungsbetriebe Velbert, damit meine ich das Forum, die Vorburg und das Bürgerhaus, für viele Vereine nach wie vor nicht erschwinglich sind. Hier muss es 2017 zu einer Neukonzeption kommen. Unsere Vereine müssen unsere Räume kostengünstig nutzen können. Bürgerfreundlichkeit und Gemeinsinn sind wichtiger als die Betriebswirtschaft. Wenn wir das Wir-Gefühl und die positive Identifizierung mit unserer Heimatstadt fördern wollen, müssen wir wieder alle Vereine in unsere Veranstaltungsräumlichkeiten locken. Damit meine ich auch die zahlreichen Abiturbälle der Velberter Schülerinnen und Schüler.

Das Kulturprogramm muss noch stärker so gestaltet werden, dass viele Gruppen angesprochen werden. Man muss Neues ausprobieren: Poetryslam, Rebelcomedy, junges Publikum oder Familien. Das klassische Programm wird in unseren Nachbarstädten, Essen oder Wuppertal angeboten, so dass wir nur mit Veranstaltungen in Nischen-Segmenten punkten können.

Im Sportbereich sprechen wir uns für den Neubau des Stadions am Sportzentrum aus. Dies war eine Entscheidung der Vernunft. Wir sehen keine Möglichkeit mehr, die Sonnenblume zu sanieren. Außerdem muss die Deponie abgedichtet werden. Dadurch werden Flächen für die Stadtentwicklung am Berg und an der Sonnenblume zur Verfügung gestellt, die vermarktet oder selbst entwickelt werden können. Wichtig für die SPD ist es, ein Stadion für Velberter Sportlerinnen und Sportler zu bauen, nicht nur für einen einzigen Verein. 2017 wird auch der Sportplatz in Tönisheide neuen Kunstrasen erhalten. Dies ist auch dringend notwendig, nachdem die Sportplätze am Nizzatal und Birth erst vor kurzem saniert wurden.

Insgesamt muss die Stadt Velbert die unumkehrbare Digitalisierung besser und konsequenter umsetzen. Theaterkarten muss es online geben. Man muss mit dem Handyticket ins Bürgerhaus kommen können. Es muss ein Onlineparkticket geben und E-Government muss der normale Zugang ins Rathaus werden.

Zur Glasfasertechnik gibt es nach heutigem Stand keine Alternative. Der Ausbau in Velbert ist dringend notwendig, damit alle Schulen, alle Firmen und auf Wunsch die Haushalte einen Anschluss an das schnelle Internet erhalten.

Zum Schluss muss man die Frage stellen, ob eine so große Verwaltung mit den gerade beschriebenen neuen Aufgaben wirklich mit nur zwei Beigeordneten auskommen kann.

Sehr geehrter Herr Bensch, sehr geehrter Herr Lukrafka, ich möchte mich herzlich bei Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Ausarbeitung des Haushalts bedanken. Die Zusammenarbeit war immer von gegenseitigem Respekt geprägt. Alleingänge der Verwaltung, ohne das Einbeziehen der politischen Gremien, können wir allerdings nicht gutheißen.

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, am Ende meiner Rede möchte ich ein Zitat des ehemaligen SPD Fraktionsvorsitzenden und meines Vorgängers im Amt, Gerno Böll, aus seiner Rede zum Doppelhaushalt 2015/16 bringen:

„Die SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Velbert eine lebens- und liebenswerte Stadt bleibt. Wir werden auch in Zukunft die Rahmenbedingungen für bezahlbare Wohnungen und Arbeitsplätze, für gute Bildungseinrichtungen und für ein facettenreiches Freizeit- und Kulturangebot schaffen.“ Das gilt heute immer noch!

Diesem Grundsatz entspricht auch der Haushalt 2017, deshalb stimmt die SPD dem Haushalt zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Esther Kanschä, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und – kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, werte Vertreter der Presse!

Der erste eigene Haushaltsplanentwurf vom neuen Kämmerer, aber leider wieder keine Veränderung in der Strategie. Wie in den letzten Jahren ein immer schneller prognostizierter ausgeglichener Haushalt: wir schaffen den Haushaltsausgleich angeblich nämlich nicht nur in der nahen Zukunft, nicht nur in der Gegenwart, sondern schon in der Vergangenheit des neuen Haushaltsplanentwurfs 2017, nämlich schon in 2016. Nur wäre es zur Abwechslung einmal schön, wenn diese Zahlen sich auch im Jahresabschluss wirklich wieder finden würden.

Aber selbst der Bürgermeister und der Kämmerer wissen, dass dieser Haushalt nicht realisierbar ist. Warum hätten sie sonst beide schon bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs von der Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes geredet – weil sie wissen, dass sie nicht drum herum kommen werden, um die nächste Haushaltssperre oder gar einen Nachtragshaushalt!

Und hier ein paar Fakten aus dem Haushalt und der Ratsvorlage, die diese Aussagen zur Tatsache machen:

Gewerbesteuer: Der III Quartalsbericht sagt für 2016 eine Einnahme von 43,6 Mio. voraus (was ein Minus von 2 % zum Vorjahr ist). Die Kämmerei gibt im Haushalt für 2017 eine Steigerung von 3 % vor. Das entspräche 44,9 Mio. € im nächsten Jahr. Im Haushaltsplanentwurf 2017 sind allerdings 47,6 Mio. € angegeben. Das sind 2,7 Mio. € mehr als aus heutiger Erkenntnis erwartet werden können. Wo bitte sollen diese Mehreinnahmen denn nun herkommen?

Personalkosten: Die Personalkosten liegen uns nur von 2015 genau vor und sind mit 42,4 Mio. € beziffert und damit 2,2 Mio. über dem Plan von 2015. Die Verwaltung erklärt auf unsere Anfrage* Sonderausgaben in Höhe von 1,2 Mio. €, die es in den Folgejahren, ich zitiere „voraussichtlich nicht mehr geben“ wird. Das entspräche 41,2 Mio. € für 2015. Rechnen wir also auf diese 41,2 Mio. € die von der Kämmerei für die Jahre 16 und 17 angegebenen Steigerungsraten im Personalbereich darauf, so kommen wir auf 42,8 Mio. € Personalkosten in 2017. Was genau 1 Mio. über der Summe liegt, die die Stadt Velbert für 2017 eingestellt hat. Hier kennt wohl jemand seine eigenen Zahl nicht genau.

*Zitat der Kämmerei auf die hohen Personalkosten in 2015:

„Das Ergebnis in 2015 bei den Personalaufwendungen wurde nicht unwesentlich von Sondereffekten beeinflusst, die so in 2017 und den folgenden Jahren nicht mehr zu erwarten sind. So kam es in 2015 zu ungewöhnlich hohen Mehrbedarfen bei den Zuführungen zu den Pensions- (580 T€) und Beihilferückstellungen (590 T€), die sich auf den Personalaufwand auswirkten. Diesen Mehrbedarf wird es in dieser Größenordnung in 2017 ff. voraussichtlich nicht mehr geben“.

Allein daraus ergibt sich eine Lücke von mindestens 3,7 Mio. € die in den uns vorliegenden Zahlen feststellbar sind, aber leider nicht so beziffert werden. Das sind übrigens genau die beiden Bereiche, die ich Ihnen auch in meiner letzten Haushaltsrede als falsch berechnet dargestellt habe, die Sie jetzt auch den Jahresabschlüssen so leider entnehmen werden können.

Die wenigen neuen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen für 2016 bringen schon auf dem Papier nur 190 T € und können sicher nicht als Gegensteuern ernst genommen werden. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass einige HSP Maßnahmen auf rot stehen, die das

Einsparziel also nicht erreicht haben und durch die ein Fehlbetrag von über 400 T € aussteht, den es zusätzlich noch zu kompensieren gilt, dann ist die Summe der Einsparungen von 190 T € ein Tropfen auf den heißen Stein.

Laut Haushaltsplanentwurf haben wir in 2016 nur noch ein Eigenkapital von ca. 16,3 Mio. €. D. h. ein Verlust von 5 % in 2017, was 815 T € wären, würde uns in die Haushaltsicherung bringen, da wir im letzten Jahr einen Eigenkapitalverzehr von 33 % hatten.

Zusammengefasst bedeutet das: wir haben nur aus diesen drei Punkten ca. 4 Mio. € im Haushaltsplanentwurf, die nicht gegenfinanziert werden. Und auf der anderen Seite gewinnen wir 190 T € durch die neuen HSP Maßnahmen. Und bei einem Haushaltsfehlbetrag von – 815 T € in 2017 finden wir uns in der Haushaltssicherung wieder. Ist Ihnen überhaupt bewusst, welchen Weg Sie mit dem Haushaltsentwurf einschlagen? Von daher werden wir nicht einem Haushalt zustimmen, der uns mit Sicherheit einen Nachtragshaushalt bescheren wird.

Das zu den Zahlen, jetzt zu den Inhalten:

Wir begrüßen die Entwicklung in der Innenstadt bei der

- das Forum eine bürgerfreundliche Nutzung erhält
- ein Einkaufszentrum, das von der Größe her zu Velbert passt und Platz für anderen Einzelhandel lässt. Auch wenn Sie es nicht hören wollen, aber es hat damit eine Größe, die wir immer eingefordert haben.
- die Planungen am Platz am Offers halten wir für falsch, da die Aufenthaltsqualität auf den Platz selber gehört und nicht nach unten, etwas ab von der Innenstadt. Allerdings hoffen wir, dass diese Anlage doch von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird, denn wir brauchen mehr Leben in der Stadt.

Aber ansonsten gilt wie immer: Beschlüsse ohne Gesamtkonzept, ohne den Blick auf eine mittelfristige Planung, geschweige denn eine langfristige. Weder bei der Stadtentwicklung noch bei den Haushaltszahlen. Sie geben sich nicht einmal mehr die Mühe, Gegenfinanzierungen aufzuzeigen.

Was daran liegt, dass hier Einzelideen umgesetzt werden, je nach Gusto der beiden großen Parteien, die sich gegenseitig ihre Wünsche genehmigen.

Der eine will eine fünfzügige Grundschule, dann bekommt der andere seine Kita dazu und die Turnhalle nicht zu vergessen. Dass dabei zwei bis drei Grundschulzüge laut Gutachter und neuer Geburtenzahlen zu wenig geschaffen werden, interessiert keinen. Das kann man später planen. Dann aber wieder übers Knie gebrochen – anders können wir das in Velbert anscheinend nicht. Denn wir bauen Schulen und lassen andere verrotten, weil Sie nicht in der Lage sind, ein Gesamtkonzept für alle Schulen und Schulgebäude zu erarbeiten. Das kostet uns alle viel Geld, was wir nicht haben.

Der eine bekommt für seinen Lieblingsverein das langersehnte Stadion, ob das finanzierbar ist oder nicht, das wird erst gar nicht geprüft, weil jeder weiß, dass die ehemalige Gegenfinanzierung sowieso nicht reicht. Und ob der Verein überhaupt für die Miete, die höheren laufenden Kosten, usw. aufkommen werden muss, spielt dabei auch keine Rolle.

Sie weisen eine Gewerbefläche aus, auf wertvoller landwirtschaftlicher Fläche, von der dann aber nur 30 % als Gewerbefläche genutzt werden können, weil die Topographie für die restlichen 70% es nicht zulässt. Und das, wo wir landwirtschaftliche Nutzfläche heutzutage dringender benötigen denn je.

Sie planen hochwertige Einfamilienhäuser, ebenfalls im Außenbereich, und müssen einen drei Meter hohen Schutzwall errichten und das alles ohne jegliche Anbindung an bestehende Infrastruktur, was uns alle teuer zu stehen kommt. Aber an einen Golfplatz und die Autobahn ist das Neubaugebiet toll angeschlossen. Das wird die Kinder der Familien sicher freuen.

Und als schönes Beispiel für völlige Konzeptlosigkeit: Der seit Jahrzehnten überfällige Elternwunsch nach einer zweiten Gesamtschule wird weiter ignoriert, die Entscheidung vor sich her geschoben. Erst einmal werden im Stadtbezirk Neviges alle weiterführenden Schulen geschlossen, um jetzt womöglich eine Dependance Lösung einer Realschule und einer Hauptschule dort durch zu drücken. Die nichts anderes ist als eine Sekundarschule, allerdings ohne die finanziellen Vorteile einer solchen zu nutzen, die zudem schon zweimal von der Elternschaft abgelehnt wurde. Und das alles nur, um die Heiligen Kühe, die Gymnasien zu schonen. Was Sie aber leider alle verdrängen: Wenn im Jahr 2000 sich die Schülerschaft der drei Gymnasien in Velbert aus 4000 SchülerInnen bildeten, können sie jetzt nur noch auf 2800 SchülerInnen zurückgreifen. Unsere Kinder werden nicht schlauer. Wir weisen nur immer mehr Abschlungen auf, was für die SchülerInnen sicher ein sehr frustrierendes Erlebnis ist, für das Sie alle die Verantwortung tragen. Aber zur Zeit besteht ja doch Hoffnung, da wir in fraktionsübergreifenden Gesprächen alle signalisiert haben, an einer guten Lösung für eine sinnvolle, weiterführende Schule in Neviges arbeiten zu wollen.

Jetzt käme der Moment, an dem wir uns bei der Kämmerei für die geleistete Arbeit bedanken. Aber das fällt uns dieses Jahr schwer. Zwar war der Haushalt schon immer bereits durch die Art und Weise der Darstellung auf Intransparenz, fehlende Übersichtlichkeit und mangelhafte Vergleichbarkeit angelegt, so dass der Eindruck aufkam, dass diese Haushalte niemand verstehen kann und auch nicht sollte. Aber diesmal kommen noch Flüchtigkeitsfehler, äußerst kurzfristige Nachträge, unvollständige und schwer nachvollziehbare Änderungen hinzu und gepaart mit viel zu wenigen Erläuterungen ist dies einfach nur eine ZUMUTUNG. So bedanken wir uns bei all denen in der Kämmerei, die dafür nichts können und in dem Chaos ihren Job so gut wie möglich gemacht haben. Aber Herr Bensch, da ist sehr viel Luft nach oben bei der Haushaltseinbringung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion VELBERT anders

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Herren Lukrafka, Bensch und Richter

beginnen möchte ich mit einem kurzen Rückblick auf den Doppelhaushalt 2015/2016 und der damit verbundenen Auflage – durch die Bezirksregierung - den Haushalt im Jahr 2016 auszugleichen.

Üblicherweise beginne ich die Vorbereitung dieser Rede, indem ich mir die Reden zu der letzten Haushaltsverabschiedung noch einmal ansehe und komme zu dem Schluss, dass viele der dunklen Prognosen nicht eingetroffen sind und unsere Stadt nicht vor dem Abgrund steht. Daher komme ich zu der Aussage:

Das haben wir ganz gut gemacht.

Die Fraktionen, die den Haushalt abgelehnt haben und die in der Folge immer mal wieder von den „haushaltstragenden Fraktionen“ sprachen, sollten nun zur Kenntnis nehmen, dass das vorrangige Ziel – Haushaltsausgleich in 2016 – erreicht werden wird.

Nach den derzeit vorliegenden Zahlen wird der Haushalt 2016 ausgeglichen sein und mit einem kleinen Gewinn schließen.

Dieser Gewinn könnte allerdings um € 3.000.000,- höher ausfallen, wenn Bund und Land die zugesagten Gelder für die Flüchtlinge und Asylanten übernommen hätten, wie immer wieder den Medien gegenüber versichert wurde.

Die Parteien, die an der Bundes-oder Landesregierung beteiligt sind, haben diese Unverschämtheit weder kommentiert noch angeprangert.

Es hängt vielleicht damit zusammen, dass es sich nicht geziemt gegen die Landes- bzw. Bundespartei aufzubegehren, daher sind wir froh, dass wir nicht am Gängelband einer „Mutterpartei“ hängen und daher und auf solche „Verschiebungen“ hinweisen können.

Das Hauptziel wurde also – trotzdem – erreicht.

Das heißt allerdings nicht, dass die von unserer Fraktion in den letzten Jahren immer wieder geforderte Änderung der Gemeindefinanzierung durch das Land nunmehr erledigt wären, nein diese Forderung ist nach wie vor aktuell und sollte von der künftigen Landesregierung unbedingt angegangen werden.

Nach 12 Jahren wurde die Sanierung des Bürgerhauses Langenberg abgeschlossen und wurde im 1.Quartal 2016 der Öffentlichkeit übergeben.

Nach gut einem halben Jahr können wir feststellen, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Ein tragfähiges Konzept ist nicht vorhanden und organisatorisch liegt einiges im Argen. Die Betriebsleitung ist gefordert diese Schwächen einzustellen.

In diesen abgelaufenen Zeitraum fällt ebenfalls die Inbetriebnahme des ZOB, der bei der weiteren Entwicklung der Innenstadt eine Rolle spielen wird.

Das Klinikum Niederberg konnte leider nicht in kommunaler Trägerschaft weiter betrieben werden, da die Kosten eines Neubaus von den Trägern, den Städten Velbert und Heiligenhaus, nicht zu stemmen gewesen wären.

Die politischen Parteien, die großspurig für den Erhalt in kommunaler Trägerschaft plädiert haben, sind bis heute nicht in der Lage gewesen, diese Aussage mit tragfähigen Fakten zu unterlegen.

Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger war immer gewährleistet.

Im Jahr 2017 stehen wir vor einem Jahr der großen Entscheidungen, die die Attraktivität diese Stadt erheblich verändern werden.

Folgende Maßnahmen sind in der Planung und werden in diesem vorliegenden Haushaltsplan, mit einer Anschubfinanzierung, auf den Weg gebracht.

Wenn wir die folgenden Maßnahmen in 2017 nicht auf den Weg bringen, werden die Fördermittel des Landes verfallen und der von uns zu tragende Eigenanteil zu einem späteren Zeitpunkt, auf Grund der derzeitigen niedrigen Zinsen, dann nicht mehr finanzierbar sein wird.

Das Motto lautet also „Wenn nicht jetzt, wann dann!“

Neubau einer fünfzügigen Grundschule

Auf dem Gelände des Wasserturmsportplatzes wird der Bau dieser Schule und einer Zweifach-Turnhalle begonnen werden.

Drei Grundschulen werden dafür geschlossen, da diese Schulen in die Jahre gekommen sind, nicht behindertengerecht sind und mit einem großen finanziellen Aufwand hätten umgebaut und saniert werden müssen.

Letztlich mussten wir unsere Alternative (2 Grundschulen mit einer Dreizügigkeit) aufgeben und haben uns dann dieser Planung angeschlossen.

Bau eines Stadions auf der Deponie

Die Deponie an der Industriestraße ist verfüllt. Die endgültige Versiegelung der Gesamtfläche muss innerhalb von 18 Monaten beginnen und würde ca. € 1.100.000,- kosten, wenn die geplante Neubaumaßnahme nicht begonnen wird.

Für eine gewerbliche Nutzung ist diese Fläche kaum geeignet und somit ist es nur logisch, dass wir den im Jahr 2005 beschlossenen Plan für ein Sportzentrum an dieser Stelle auch zu Ende bringen.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass dieses Objekt kontrovers diskutiert werden wird, möchten aber darauf hinweisen, dass mit der Aufgabe des Geländes an der Sonnenblume, die Gegenfinanzierung dieser Baumaßnahme fast gesichert ist und die Wohnqualität der Bürgerinnen und Bürger an diesem Standort gesteigert wird. Letztendlich eine positive Verbesserung für alle Betroffenen.

Eine weitere Sportstätte wird in 2017 auch erneuert werden, der Hockeyplatz an der Gesamtschule.

Mit einem Aufwand von ca. € 850.000 wird der Kunstrasen erneuert und die Stehränge verbessert. Die Auslaufzonen werden – den Anforderungen entsprechend - vergrößert und eine neue Flutlichtanlage installiert.

Innenstadtentwicklung Velbert-Mitte

Die Innenstadt in Velbert-Mitte muss und wird einen Wandel erleben. Mit Mitteln der Städtebauförderung des Landes werden mit einem Volumen von über 10 Mio.€ Projekte in der Innenstadt verwirklicht. Damit alle Bürgerinnen und Bürger diese Projekte begleiten können, wurde das Innenstadtbüro eingerichtet.

Platz am Offers

Der Platz „Am Offers „ wird ebenfalls mit Unterstützung des Landes erneuert. Mit einbezogen wird auch das Haus Am Offers. Dieser Platz wird ein Anziehungspunkt werden, der die Aufenthaltsqualität erheblich verbessern wird und auf dem Weg zwischen Innenstadt und ZOB ein markanter Punkt in Velbert werden wird.

Schloss-und Beschlägemuseum

Durch die Landesförderung wird auch das Schloss-und Beschlägemuseum eine neue Heimat erhalten.

Die allen bekannte Villa Herminghaus wird durch einen Neubau ergänzt, so dass fast alle Exponate ausgestellt werden können.

Ein neues Konzept für Erwachsene, Kinder, Jugendliche und Familien sollen einen Besuch zum Erlebnis machen.

Wir würden uns freuen, wenn die Velberter Schloss-und Beschlägefirmer sich an diesem Konzept beteiligen und diese Neuausrichtung des Museums ideell und finanziell unterstützen würden, damit dieses Museum die Aufmerksamkeit erhält, die es verdient.

Forum Niederberg

Last but not least, möchten wir hier das Forum Niederberg erwähnen, dass seit Mitte dieses Jahres in Teilen geschlossen ist. Eine Gastronomie wird hier auch nicht vorgehalten und eine Neuausrichtung scheint hier unumgänglich.

Die – in einer Nacht-und Nebelaktion vorgestellte Variante – Kino im Forum -, ist vom Tisch. Für ein neues Konzept sollte man sich die Zeit nehmen und alle Ideen zusammentragen, die Finanzierbarkeit prüfen und dann gemeinsam mit der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern zu einer Entscheidung kommen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sowohl Schnellschüsse der Verwaltung als auch der Politik nicht umsetzbar waren.

Stadtgalerie Velbert

Hier wird ein Investor ein Zentrum erstellen, dass die Attraktivität der Innenstadt für die Velberter Bevölkerung steigern wird. Auf ca. 13.000 m² wird diese Stadtgalerie in der Stadtmitte verwirklicht werden und den derzeit eingeschränkten Branchenmix erheblich verbessern.

Unsere Fraktion ist froh, dass nach den Wirrungen des letzten Versuches und der Absage der Entwickler, nunmehr eine Aufwertung der Velberter Innenstadt durch diese Stadtgalerie erfolgen wird.

Alle weiteren Maßnahmen zur Innenstadtentwicklung können im extra dafür eingerichteten Innenstadtbüro (ehem. Café Droste) eingesehen werden.

Innenstadtentwicklung Velbert-Neviges

Auch im Ortsteil Neviges werden im nächsten Jahr Veränderungen stattfinden, z.B. Neubau für altengerechtes Wohnen an der Wilhelmstraße (ehemaliges Rathaus und Post), wobei die denkmalgeschützten Fassaden erhalten bleiben.

Durch die Aktivitäten der Wobau GmbH, sind schon einige Bauvorhaben begonnen worden und weitere werden folgen.

Der Verwaltung muss allerdings klar sein, dass ohne weitere Finanzmittel - ähnlich wie in Velbert-Mitte – ein zufriedenstellendes Ergebnis nicht erreicht werden kann. Die Abteilung Stadtentwicklung ist hier gefordert.

Vor dem Hintergrund, dass es in naher Zukunft in Neviges zu weiteren Leerständen kommen wird, ist es auch an der Zeit, dass die Wirtschaftsförderung und der neu eingestellte Marketing-Strategie sich verstärkt um den Ortsteil kümmern.
Wir werden die altbekannte Strategie des „ guten Weges „ keinen Augenblick länger akzeptieren.

Der interfraktionelle Kreis, der nunmehr – nach 18 Monaten der Untätigkeit – endlich wieder getagt hat, muss mit Unterstützung von Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung etc., regelmäßig zusammentreten und tragfähige Entwicklungsstrategien erarbeiten, die von der Verwaltung zeitnah umgesetzt werden.
Wir erwarten, dass die Sitzungen dieses Arbeitskreises alle 2 Monate stattfinden.

Schloss Hardenberg

Vor einigen Tagen erreichte uns die Zusage einer Förderung in Höhe von ca. € 4.100.000,-- für das Schloss. Es handelt sich dabei um eine 50%-Förderung, d.h., die Stadt muss den gleichen Anteil zuschießen. Insgesamt stehen also für die Sanierung des Schlosses nunmehr € 8.200.000,-- zur Verfügung.

Wie es scheint, obwohl wir glauben, dass diese Summe nicht ausreichen wird, nähert sich der nunmehr 14 Jahre dauernde „ Dornröschenschlaf „ des Schlosses dem Ende.

Nunmehr sollte zeitnah nach einem Konzept gesucht werden (anders als beim Bürgerhaus)

Kasematten am Schloss Hardenberg

Die Kasematten am Schloss Hardenberg wurden in diesem Jahr eröffnet, die Bautätigkeit beendet. Nunmehr sollte es allerdings möglich sein die Restarbeiten schnell zu erledigen. Die während der Bauphase abgenommen Hinweisschilder sollten wieder angebracht werden.

Der Feuerwehrneubau in Tönisheide mit einem Volumen von ca. 1 Mio.€ wird im Jahr 2017 ebenfalls fertiggestellt werden.

.....

Damit möchte ich zu zwei weiteren großen Herausforderungen kommen, die uns im nächsten Jahr, aber auch in den folgenden Jahren sehr intensiv beschäftigen werden.

Zuerst möchte ich auf die Aufnahme von Flüchtlingen eingehen, die im Jahr 2015 eine Größe erreichte, die die Kapazitäten der Stadt Velbert weit übertraf und die nur mit einem Engagement geschafft werden konnte, das einzigartig war und ist.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich dem Immobilienmanagement meinen Dank aussprechen, wie diese Aufgabe gemeistert wurde.

Stellvertretend möchte ich hier Herrn Sauerwein nennen, der in vielen Terminen und Veranstaltungen Rede und Antwort stand und mit seinem Team, ohne dass er es nie hätte schaffen können, eine Herkulesaufgabe annahm und erledigte.

Alle Turnhallen, die zuerst für die Flüchtlinge als Erstaufnahmeunterkunft dienten, sind mittlerweile wieder dem Sport zugeführt worden und es sind an anderer Stelle, z.B. im ehemaligen Krankenhaus Neviges, neue Möglichkeiten geschaffen worden.

Viele Familien sind aber auch in angemietete Wohnungen umgezogen. Durch all diese Maßnahmen ist die Situation mittlerweile abgemildert worden.

Die prognostizierten Flüchtlingszahlen für 2016 – auch Thema in einigen Haushaltsreden 2015 – wurden bei weitem nicht erreicht, so dass Velbert in den ersten Monaten keine Flüchtlinge mehr aufnehmen musste.

Sollte sich es wieder zu erhöhten Zuweisungen kommen, ist Stadt Velbert gut vorbereitet und kann darauf reagieren, da mittlerweile ein Konzept erstellt wurde, das es möglich macht, schnell auf eine Veränderung zu reagieren.

Nunmehr ist es allerdings auch an der Zeit, Flüchtlingen die aus sicheren Drittländern zu uns gekommen sind, den Asylstatus zu entziehen und in ihre Heimatländer zurück zu führen. Bisher geschieht das nur sehr zögerlich und es wäre wünschenswert, wenn sowohl die Betroffenen, aber auch die Handelnden schnellstmöglich Klarheit erhalten würden. Fazit: alle Beteiligten, die Verwaltung, die ehrenamtlich Tätigen, die Wohlfahrtsverbände, etc. haben einen „Riesenjob“ gemacht. Dafür gebührt ihnen unser Dank.

Ich würde den Dank auch gerne an Bund und Land weiter geben, wäre da nicht die bereits erwähnte Problematik der Finanzierung, die für Velbert absolut indiskutabel ist. Es kann nicht angehen, dass statistische Zahlen herangezogen werden und es bei der Finanzierung Gewinner und Verlierer (Velbert) gibt.

Die zweite große Herausforderung ist die Neuaufstellung der Schulen in Velbert .

Zuerst kam Mitte des Jahres ein Schulentwicklungsplan für die Grundschulen, der aufzeigte, dass es einen kontinuierlichen Rückgang bei den Grundschulern gibt und damit verbunden auch ein überdimensioniertes Raumangebot.

Nach vielen Diskussionen und Treffen wurde mit der Neuausrichtung in Velbert Mitte begonnen, wie ich bereits erwähnt habe. (5-zügiger Neubau einer Grundschule und Schließung von e alten Grundschulen)

Die Schule an der Fontanestr. wird ebenfalls geschlossen und auf die Gerhard-Hauptmann-Schule (Kostenberg) und Birth aufgeteilt.

Es ist allerdings fraglich, ob diese neue Schule letztendlich ausreicht, denn bei steigenden Anmeldungen in den Kindergärten und bei der Anzahl der Flüchtlingskinder, die im Kindergartenalter sind, kann es dazu kommen, dass die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichen.

Wir haben daher die Verwaltung aufgefordert, rechtzeitig diese Zahlen zu erheben und ggf. mit einer Planung zu beginnen.

In Neviges und Langenberg soll momentan keine Veränderung stattfinden. Hier gibt es mehrere Varianten, die momentan aber noch nicht endgültig beurteilt werden können. Da es abzusehen ist, dass in den kommenden Jahren die Schülerzahlen im Grundschulbereich wieder ansteigen werden, Grund dafür sind die Geburtenraten und die Flüchtlingskinder. Die Zahlen des Schulentwicklungsplanes müssen daher aktualisiert und die Prognose für die nächsten Jahre korrigiert werden.

Der Bericht von Biregio (Schulentwicklungsplan) zu den weiterführenden Schulen kommt zu Ergebnissen, die die Schullandschaft in diesem Bereich in den nächsten Jahren extrem verändern könnten.

Einige Fraktionen begründen hieraus die Forderung nach einer zweiten Gesamtschule. Darüber hinaus wird auch der Elternwille nach einer zweiten Gesamtschule und einer weiterführenden Schule in Neviges genannt.

Andere Fraktionen möchten das derzeitige System beibehalten und werden dabei von den Direktoren aller weiterführenden Schulen – einschließlich der Gesamtschuldirektorin – unterstützt, die momentan keinen Grund für eine Änderung sehen.

Die Schließung der Heinrich-Kölver Realschule und der zweimal gescheiterte Versuch eine Sekundarschule in Velbert zu gründen, hat zusätzlich für eine Verunsicherung gesorgt.

Nimmt man dazu die gesetzlichen Vorgaben, die die Zügigkeit für weiterführende Schulen bestimmen, stellt man fest, dass es sehr schwierig sein wird, zu einer Regelung zu kommen, die letztendlich auch genehmigungsfähig sein wird.

Ich sage an dieser Stelle, dass es auch in unserer Fraktion unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema gibt.

Wir sind der Meinung, dass es noch einen regen Gedankenaustausch bedarf, unter Einbeziehung der Bezirksregierung, um zu einem eventuell fundierten Ergebnis zu kommen.

Die Beratungen über die weiterführenden Schulen haben gezeigt, dass die Gepflogenheiten und der Umgang der Ratsfraktionen miteinander in den letzten Jahren sehr gelitten haben.

Ich bin froh, dass wir noch nicht bei amerikanischen Verhältnissen sind, aber es gibt Anzeichen dafür, dass sich auch das Klima in Deutschland schon verändert hat und auch in Velbert teilweise Einzug eingezeichnet ist.

Wenn ich die Diskussionen in den sozialen Medien verfolge, komme ich zu dem Schluss, dass es modern ist gegen alles und jeden zu meckern, alles in Frage zu stellen und generell alles besser zu wissen.

Der Politik wird dann gemeinhin von vorn herein unterstellt, keine vernünftigen Entscheidungen treffen zu können, kurzum in diesen Medien wird alles abgelehnt.

Manchmal kommt es mir im Rat auch so vor, nur sind es hier nicht die sozialen Medien, sondern einzelne Fraktionen, die bei fast allen Entscheidungen dagegen sind. Ich kann verstehen, dass eine Demokratie von unterschiedlichen Meinungen lebt, von purer Ablehnung allerdings nicht.

Auch halte ich es, schon alleine aus Gründen des Anstands für absolut falsch und verletzend, Kolleginnen und Kollegen des Rates zu unterstellen, Unterlagen nicht gelesen, bzw. nicht verstanden zu haben.

Des Weiteren sollte ein Wort ein Wort bleiben, getroffene Entscheidungen sollten eingehalten werden und nicht bei Nacht und Nebel geändert werden, ohne diejenigen zu unterrichten, die mit an dieser Entscheidung gearbeitet haben.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

ich halte Velbert für eine lebens- und liebenswerte Stadt mit Potenzial sich positiv weiter entwickeln zu können und ich glaube, dass diese Meinung auch mit einer überwältigenden Mehrheit im Rat der Stadt Velbert vertreten wird, daher kann ich nicht verstehen, wenn generelle Ablehnung gegen alle geplanten Vorhaben besteht.

Ich akzeptiere jede Meinung, kann es jedoch nicht hinnehmen, dass demokratische Mehrheiten so von der Minderheit des Rates hingestellt werden, als würden sie alles durchwinken, ohne sich über die Folgen im Klaren zu sein.

Aber auch von der Spitze unserer Verwaltung kann man erwarten, dass sie ihrer Aufgabe gerecht wird. Dazu zähle ich auch den Umgang mit den Fraktionen des Rates, die nicht nur zum Abnicken von Verwaltungsvorlagen da sind, sondern durchaus das Recht haben eigene Standpunkte einzubringen und Änderungen beantragen können.

In den letzten Jahren hat sich die Verwaltung enorm verändert, die Aufgaben sind vielfältiger geworden, der Arbeitsaufwand sicher auch. Die Aussage: „Dafür sind wir nicht zuständig“ hat sich allerdings auf eigenartige Art und Weise auch vervielfältigt.

Eine moderne Verwaltung, die wir alle wollen, sollte sich als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sehen. Darauf sollte die Verwaltungsspitze, aber auch der Rat hinwirken.

Wir würden uns freuen, wenn die Weiterentwicklung unserer Heimatstadt von einer großen Ratsmehrheit gestützt würde und bieten allen Fraktionen an, sich in interfraktionellen Runden an der Erarbeitung von Konzepten zu beteiligen.

Wer dieses Angebot annimmt, muss allerdings wissen, dass Demokratie auch von und mit Kompromissen lebt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der jetzt vorliegende Haushalt trägt auch unsere Handschrift, denn eine Forderung von uns war schon 2015, keine Erhöhung der Grundsteuer B. Auch im Haushalt 2017 ist eine Erhöhung nicht zu finden.

Die Abschaffung der Bezirksverwaltungsstellen war mit uns ebenfalls nicht zu machen.

Den Mitarbeitern der Kämmerei unter der Leitung von Herrn Peitz, danken wir an dieser Stelle und bewundern die Geduld bei der Beantwortung unseres „ellenlangen“ Fragenkataloges.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,
Liebe Gäste, sehr geehrte Vertreter der Presse,

als ich mich auf die heutige Ratssitzung und meine Rede vorbereitet habe, habe ich mir als Erstes noch einmal meine Rede zum Doppelhaushalt 2015/2016 angeschaut. Eigentlich hätte ich es dabei belassen können und diese Rede mit aktualisierten Zahlen erneut halten können, da die damals angesprochenen Themen und aufgestellten Thesen immer noch aktuell sind und größtenteils in der damals benannten Art und Weise Gültigkeit haben. Eine Wiederholung wollte ich aber weder Ihnen noch mir zumuten.

Erlauben Sie mir aber, dass ich an dieser Stelle auf das Fazit der damaligen Rede hinweise: **Wir sehen bei diesem Haushaltsentwurf ganz klar die Gefahr, dass am Ende wieder ein höherer Eigenkapitalverzehr vermeldet werden muss, als angedacht und somit unser Haus sehr viel schneller im Sand versinkt, als dies die Haushaltsplanungen „vorgaukeln“.**

Bevor ich hier aber auf den Grund der heutigen Sitzung – dem Haushalt 2017 – eingehe und das Statement der FDP Fraktion zum Haushalt abgebe, lassen Sie mich vorab Herrn Bensch, Herrn Peitz und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die in den letzten Monaten an der Erstellung des Haushaltes mitgewirkt haben, den Dank der FDP Fraktion und auch meinen persönlichen Dank aussprechen.

Es war sicherlich nicht einfach, diesen Haushalt zu erstellen und ihn so zu gestalten, dass er den vielen formalen Kriterien entspricht und genehmigungsfähig im Hinblick auf die Bezirksregierung ist.

Schwieriger als die Erstellung des Haushaltes wird aber die Haushaltsbewirtschaftung, sprich die tatsächliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben respektive der Erträge und Aufwendungen im Jahre 2017 sein.

An diesem Punkt möchte ich mich mit Ihnen noch einmal auf eine Zeitreise zurück zur Ratssitzung vom 28. April 2015 begeben und dort konkret zu meiner damaligen Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2015 / 2016.

Damals bin ich auf die Entwicklung des Eigenkapitals der Stadt Velbert und seiner Bedeutung als Kennzahl eingegangen.

Ich hatte damals das Bild eines Hochhauses mit 19 Stockwerken gewählt, welches leider „auf Sand gebaut“ und nach und nach im Sand zu versinken drohe. Die 19 Stockwerke sollten das Eigenkapital der Stadt Velbert zu Beginn der Bilanzierung und das Versinken, den Eigenkapitalverzehr der letzten Jahre symbolisieren.

„164 Millionen Eigenkapitalverzehr in zehn Jahren oder 16 Stockwerke sind im Sand versunken.“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,

jetzt stellt sich natürlich die Frage: Wie hat sich die Situation seit dieser Rede verändert ?

Geplant war für das Haushaltsjahr 2015 ein weiterer Eigenkapitalverzehr von 2,7 Millionen Euro. Ich hatte bereits in meiner Haushaltsrede auf die Risiken in den Ansätzen und dem damit einhergehenden möglichen höheren Eigenkapitalverzehr hingewiesen.

Und tatsächlich erhöhte sich der Eigenkapitalverzehr laut Entwurf des Jahresabschlusses 2015 von 2,7 Millionen Euro auf 3,9 Millionen Euro.

Um in meinen Bild mit dem Hochhaus zu bleiben: Es ist wieder ein Teil der verbleibenden drei Stockwerke „im Sand versunken“.

Das Haushaltsjahr 2016 sollte dann – laut damaliger Lesart – die Entlastung und die Umkehr der jahrelangen Defizite bringen. Geplant war ein Jahresüberschuss von 2,9 Millionen Euro. In der Realisierung des Haushaltes musste der Kämmerer aber nach dem Quartalsbericht zum 2. Quartal, Mitte des Jahres eine Haushaltssperre verhängen, da der Haushalt drohte ins Minus zu geraten.

Und dies bei seit Jahren steigenden Einnahmen und einer sehr guten konjunkturellen Situation. Die Industrie- und Handelskammer hat in ihrer aktuellen Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2017 zusammenfassend geurteilt: „Der Stadt Velbert verbleibt somit für die kommenden Jahre kaum Spielraum, um mögliche Rückschläge durch außerplanmäßige Aufwendungen oder unterplanmäßige Erträge zu kompensieren.“

„Unterplanmäßige Erträge“ gibt es so etwas in Velbert überhaupt ? –

Ja, leider und dies beständig.

Seit vielen Jahren werde in den Haushaltsentwürfen Gewerbesteuereinnahmen geplant, die, so zeigen es dann die Jahresabschlüsse, in den fast allen Jahren nicht erreicht werden.

Und genau in dieser Hinsicht haben wir eine große Risikoposition in der Planung für das Jahr 2017 entdeckt. Im Haushalt 2017 wird ein Ansatz für die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in Höhe von 47,6 Millionen Euro gebildet. Dies ist zunächst nur eine Steigerung von 3% gegenüber dem Ansatz im Jahre 2016 von 46,2 Millionen Euro. Legt man aber zu Grunde, dass die Erwartung von 46,2 Millionen Euro vom Kämmerer im Rahmen des Berichtes zum III. Quartal auf 43,20 Millionen Euro reduziert wurde, erscheinen die Planungen für 2017 sehr ambitioniert.

Man könnte umgekehrt sagen, hier entwickelt sich eine Risikoposition erste Güte, mit einem Risikopotential von ca. 5 Millionen Euro.

Aber es gibt auch positive Aspekte. Nach den neusten Verlautbarungen der Verwaltungsspitze wird es im Jahre 2016 zu einem kleinen positiven Jahresergebnis kommen und der weitere Eigenkapitalverzehr soll gestoppt und sogar umgekehrt werden. Um wieder in mein Bild mit dem Hochhaus zurück zu kehren. Anscheinend gelingt es mit dem Jahresergebnis 2016 das Fundament des Hauses zu stabilisieren, so dass die Hoffnung besteht, dass es nicht weiter einsinkt.

Normalerweise würde man nun daran arbeiten, das Fundament weiter zu stärken, um einen stabilen und sicheren Zustand zu erreichen, auf dem man für die nächsten Jahre aufbauen könnte.

Aber was propagiert die Verwaltung und die Ratsmehrheit ? Das Absinken ist gestoppt und nun können wir frohen Mutes beginnen, neue Stockwerke zu errichten.

Im Rahmen der Haushaltsplanung heißt dies: Neue Projekte, die neben millionenschwere Investitionen und sehr viel höhere Folgekosten mit sich bringen.

So soll ein Regionalliga-Fußballstadion, mit überdachter Zuschauertribüne für 1000 Sitzplätze und weiterer 2000 Stehplätze, sowie einer Ausbaureserve für weitere 2000 Stehplätze gebaut werden. Natürlich schließt sich an der Zuschauertribüne auch ein Funktionsgebäude mit VIP Bereich an.

Oder es soll ein millionenschwerer Neubau für das Schloss- und Beschlägemuseum errichtet werden, was zur Folge hätte, dass die bereits jetzt hohen Kosten für dieses Museum weiter gesteigert würden. Wenn hier von der CDU bereits die konzeptionellen Grundlagen dieses Museums gelobt werden, so ist dies bemerkenswert. Der FDP Fraktion sind die

konzeptionellen Überlegungen, die sich seit der misslungenen Vorstellung im Rat ergeben haben, - trotz intensiver Nachfrage - noch nicht mitgeteilt worden.

Aber zurück zum Haushaltsplanentwurf des Jahres 2017.

Im Rahmen der Finanzsituation und der Haushaltsplanungen der Stadt Velbert tauchen immer wieder die Begriffe der Konsolidierung bzw. der Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des Haushaltssicherungsplans auf. So wurden auch bei den letzten Haushaltssatzungen eine Reihe von Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen. Während die Maßnahmen, die die Bürger (z.B. Kürzung Öffnungszeiten Servicebüros in Neviges und Langenberg) oder Vereine (z.B. Kürzung von Zuschüssen) betrafen, sehr schnell umgesetzt wurden, hapert es bei den Maßnahmen, wo die Verwaltung bzw. die Politik betroffen sind. So wurden weder die Konsolidierungsziele bei der Kunst- und Musikschule, noch bei den Fraktionen erreicht. Trotz mehrerer Vorschläge meiner Fraktion, wie man das Sparziel bei den im Rat vertretenen Fraktionen erreichen könnten, wurden diese Vorschläge immer mit sehr breiter Mehrheit abgelehnt und statt dessen immer wieder auf einen angekündigten Verwaltungsvorschlag verwiesen, der allerdings bis zum heutigen Tage noch nicht vorliegt, obwohl das Jahr 2016 kurz vor seinem Ende steht. Hier ist anscheinend die FDP Fraktion, die einzige Fraktion, die diese Konsolidierungsmaßnahme ernst nimmt und an ihrer Umsetzung arbeitet. Wie ernst es uns mit diesem Sparziel ist, kann man daran erkennen, dass wir ca. 40% der uns zustehenden Fraktionszuwendungen im Jahre 2015 nicht abgerufen bzw. an die Stadt Velbert zurückgezahlt haben. Wir fordern nicht nur eine Reduzierung der Mittel, sondern haben auch gezeigt, dass dies in der Praxis auch möglich ist.

Zu den Konsolidierungsmaßnahmen gehören aber auch Verbesserungen im Rahmen der Einnahmen. Auch hier war der Rat aktiv.

So hat die Mehrheit des Rates dieses Jahr eine Reihe von zusätzlichen Einnahmen, mit Hinweis auf die Notwendigkeit zur Konsolidierung des Haushaltes, beschlossen. Insbesondere Familien wurden hier immer wieder „zur Kasse“ gebeten. Erhöhung der Elternbeiträge für Kindergärten und Erhöhung der Elternbeiträge für die Offene Ganztagschule, um nur zwei Konsolidierungsmaßnahmen zu benennen.

Liebe Ratsmitglieder der Gestaltungsmehrheit aus CDU, SPD und Velbert anders.

Wie begründen Sie eigentlich den Eltern die Notwendigkeit dieser Erhöhungen, wenn Sie wenig später Prestigeprojekte im Millionenhöhe beschließen ?

An dieser Stelle möchte ich noch einmal die Industrie- und Handelskammer zitieren, die schreibt: „Der geplante – und gesetzlich notwendige – Konsolidierungserfolg der Stadt Velbert wird durch die seit Jahren unveränderte Risikokulisse bedroht“ und weiter „Diese Risiken haben sich in Teilen der unterplanmäßigen Entwicklung der Jahre 2015 und 2016 realisiert. Sie bedrohen gleichwohl auch die Planungen in den kommenden Jahren“

Trotz dieser bekannten und benannten Risiken, planen sie, als ob die Stadt aus dem „Vollen“ schöpfen könnte.

Die Kreisumlage ist ein durch uns nicht beeinflussbares, aber real existierendes Risiko, welches wir in unseren Haushaltsplanungen berücksichtigen und für welches wir eigentlich Vorkehrungen treffen müssten. Aber auch hier wird keine Vorsorge getroffen.

Darüber hinaus klaffen die Konsolidierungsbemühungen im Personalbereich und die tatsächlich zu Buche schlagenden Personalkosten weit auseinander. Hinzu treten die Haushaltsrisiken für eine zu geringe Vorsorge für die Pensionszahlen der nächsten Jahre, auch wenn sich die Vorsorge im rechtlichen Rahmen bewegt.

Ein weiteres Haushaltsrisiko ist die wirtschaftliche Konjunktur mit ihren Auswirkungen auf die Einnahmen aller staatlichen Ebenen. Hier noch einmal ein Zitat aus der IHK Stellungnahme „Nach den Gesetzen der konjunkturellen Zyklen ist es lediglich ein Frage der Zeit, wann eine konjunkturelle Schwächephase mit entsprechend rückläufigen Gewerbesteuerereinnahmen einsetzt“.

Und hier sehe ich nicht nur die Risiken bei der Gewerbesteuer, sondern auch die mit einer Konjunkturdelle einhergehende Verringerung der Einkommens- sowie Umsatzsteueranteile. Schaut man sich die Anhaltswerte des Haushaltes 2017 sowie der mittelfristigen Finanzplanung an, so erkennt man, dass eine Abschwächung der Wirtschaftskraft vollkommen negiert wird.

Ein mutiges Unterfangen – oder Übermut !?

Laut Bilanz des Jahres 2015 hat die Stadt Velbert Verbindlichkeiten in Höhe von ca. 331 Millionen Euro. Weitere Verbindlichkeiten werden sicherlich durch die geplanten Projekte hinzukommen. Eine Erhöhung des allgemeinen Zinsniveaus, das in den nächsten Jahren, zu erwarten ist, würde auch zu erheblichen zusätzlichen Belastungen des Haushaltes in Form von erhöhten Zinszahlungen führen.

Liebe Ratsmitglieder, sehr geehrte Herren Lukrafka und Bensch,

der heute zur Verabschiedung stehende Haushalt birgt sehr viele Risiken, führt zu einer weiteren Verschuldung unserer Stadt und öffnet die Flasche, in der der Geist der Steuererhöhung nur darauf wartet, seinem Gefängnis zu entkommen.

Dies führt im Ergebnis dazu, dass wir den politischen Handlungsspielraum des Rates für die nächsten Jahre enorm einschränken werden und unseren Kindern enorme Lasten aufbürden.

Diesen Weg kann und will die FDP Fraktion nicht mitgehen und wird deshalb dem Haushalt 2017 nicht zustimmen.

Allen Zuhörern danke ich für die mir entgegengebrachte Aufmerksamkeit.

Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste

Zunächst möchte ich mich erst einmal für die gute Zusammenarbeit bei der Verwaltung bedanken. Trotz Personalknappheit haben wir immer ein offenes Ohr gefunden und Fragen wurden zu unserer Zufriedenheit beantwortet.

Wieder einmal haben wir uns zusammen gefunden um den HH zu verabschieden.

Wie in den letzten Jahren geht es auch in diesem Jahr wieder um das Sparen oder sagen wir besser das Kürzen und darum, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen - so wie es der Stärkungspakt vorschreibt.

Wie immer ist hierbei Privatisierung oder Teilprivatisierung gewollt, obwohl mittlerweile auch gesamtgesellschaftlich erkannt wird, dass dies überholte Modelle sind, die unseren Lebensstandard im Gesamten verschlechtern.

Leider übernimmt die SPD und CDU der Stadt die Landes- und Bundespolitik und sorgt nicht dafür, dass Einnahmen ausreichend aufgestockt werden.

Die Städte brauchen mehr Geld und es wäre die Pflicht jeder Partei, die Finanzierung von Bund und Land einzufordern.

Wir brauchen darüber hinaus aber auch ein weiteres Mehr im Einnahmebereich, z. B. die Anhebung der Gewerbesteuer oder einfach die Einhaltung von Steuer-Fristen aller Unternehmen gleichermaßen.

Herr Lukrafka, Sie haben Ihre Rede mit einem Zitat begonnen und ich möchte Ihnen daher zu Beginn meiner Rede mit einem Zitat antworten:

Jede Krise ist auch eine Chance! Die Chance besteht darin, die gemachten Fehler zu erkennen und sie nicht zu wiederholen!

Oder wie Konfuzius sagte: "Wer nicht an die Zukunft denkt, wird bald große Sorgen haben."

Doch beginnen wir nicht mit der Zukunft, sondern schauen wir erst einmal in die Vergangenheit bzw. Gegenwart: Es gibt einige Projekte, die auch die LINKE als Verbesserung erfreut wahrgenommen hat. Sei es die Neugestaltung des Brunnens in Neviges oder das Jugendzentrum in der Höferstraße, das ausgebaut, erneuert und nun bald wieder ein zentraler Anlaufpunkt der jungen Generation sein wird.

Wir begrüßen die Neugestaltung des Offers und die Beibehaltung des Gedenksteins der Opfer des Faschismus an zentraler Stelle - was auf unsere Initiative hin geschah. Zudem freuen wir uns über die Neu-Bespielung des Bürgerhauses Langenberg.

Leider sind es nur kosmetische Korrekturen, denn die nachhaltige Entwicklung bleibt auf der Strecke. Noch immer wird bei der Gewerbeplanung davon ausgegangen, dass die Industrie so weiter agieren wird wie bisher, Wirtschaftswachstum ist das Allheil-Mittel. Es wird beschlossen Gewerbeflächen zu erschließen, obwohl in Zukunft der Wind aus einer ganz anderen Richtung wehen wird.

Dazu möchte ich einfach mal das Stichwort „Industrie 4.0“ in den Raum werfen und darauf hinweisen, dass die Erschließung neuer Gewerbeflächen, auch im Hinblick auf diese Entwicklung kritisch gesehen werden muss, da durch diese neue Technologie gerade Kleinbetriebe existenziell bedroht sind und Arbeitsplätze und Produktionsflächen wegfallen werden.

Auch die Stadt Velbert und somit auch der Rat wird sich in Zukunft mit dem Thema „Industrie 4.0“ beschäftigen müssen, der industriellen Revolution, die auch oder soll ich sagen gerade in Deutschland ca. 50 % aller Arbeitsplätze im Bereich Büromanagement und Verwaltung wegrationalisiert. Bei Hilfskräften und Facharbeiter im Bereich Konstruktion und Maschinenbau wird mit einer Reduzierung von Stellen bis zu 70 % gerechnet.

Das sind Zahlen, von denen in DAVOS und im „Handelsblatt“ berichtet wird – also keine Szenarien linker Theorien.

Und meine verehrten Damen und Herren, das sind Zahlen, die maßgeblich mit dem Arbeitsplatz-Profil unserer Stadt kollidieren werden.

Künstliche Intelligenzen und Roboter werden den Menschen die Arbeit wegnehmen.

Der daraus resultierenden Gefahr, dass Arbeitsplätze im großen Ausmaß vernichtet werden, muss mit allen Mitteln entgegen gewirkt werden.

Also ist "ein weiter so wie bisher" wirklich sinnvoll oder müssen wir uns nicht auch neuen Ideen öffnen, die die Existenzsicherung der Menschen anders ermöglicht.

Auf der Agenda muss also stehen: Der soziale Wohnungsbau für Familien, Alleinstehende und finanziell Schwache und die Umstrukturierung von Schulen. Wir brauchen nicht nur Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen, sondern vor allem bezahlbare Mieten. Zurzeit steht dies sowieso auch deshalb an, da wir weiterhin mit Flüchtlingen und der Verarmung von Menschen, speziell von Kindern, umgehen müssen. Schließlich haben wir in unserer Stadt zurzeit 220 Kinder, die in Armut leben. Und weltweite Krisen lassen den Schluss zu, dass auch weiterhin viele "Menschen auf der Flucht" zu uns kommen werden.

Es muss auch weiterhin dort investiert werden, wo die Attraktivität gemessen wird. Und da sieht die LINKE das Potenzial halt nicht nur in Wirtschaft, Gewerbe und Wachstum, sondern auch bei der nachhaltigen Gestaltung der Arbeits- und Lebenswelt.

Attraktivität wird aber auch daran gemessen, wie grün eine Stadt ist, wie neue Energien eingesetzt werden und wie ökologisch, fair und nachhaltig gehandelt wird.

Jetzt haben wir viel groß gedacht. Also brechen wir unsere Überlegungen auf unsere anliegende Stadt- und HH-Planung 'runter.

Hier wird uns heute ein HH vorgelegt, der ausgeglichen sein soll, aber in Wirklichkeit mit 120 Millionen an Liquiditätskrediten über Wasser gehalten wird.

Durch Ihren Stellenabbau im Verwaltungsbereich hat die Stadt aber wahrscheinlich gar nicht mehr, und in Zukunft umso weniger, das Potenzial und die Kapazitäten um Visionen zu entwickeln und umzusetzen. Fachpersonal wird wegrationalisiert – und das auf Kosten des Service, der Leistung und der Menschen, die diesen Einschnitt nun mit reduzierter Personalkraft bewältigen müssen.

Wir sehen es als positiv, dass die Stadt wieder mehr Auszubildende einstellen möchte, aber auch denen fehlt dann die langfristige Sicherheit.

Die Schließung des Bürgerbüros wurde in den Stadtteilen glücklicherweise gerade noch einmal abgewehrt. Aber anderer Orten werden Service-Leistungen auch weiterhin gekürzt oder gar gestrichen.

Kurz gesagt: Die immer weitergehenden Streichungen an Personal und an kommunalen Einrichtungen haben dazu geführt, dass die Lebensqualität in Velbert leidet.

Trotzdem halten Sie, Herr Bürgermeister, weiter an Ihrer Sparlegende fest.

Wir sollten uns auch mehr Attraktivität zum Ziel setzen beim Umbau aller Stadtteile: Sei es Langenberg, Neviges – wo gerade die denkmalgeschützte Stadthalle verfällt und abgerissen wird – oder Mitte, wenn wir uns die Fußgängerzone anschauen: Wird die Kaufkraft der Bevölkerung ausreichen um auch bestehende Geschäfte und die Stadtgalerie zu erhalten?

Suchen wir Lösungen für die Umwandlung des Schloss Hardenberg. Eine Kinder- und Jugendakademie könnte ein wahrer Anziehungspunkt für junge Menschen sein, ein Ideenpool für neue, technologisch orientierte Projekte, wie sie uns durch die industrielle Veränderung bald abverlangt werden könnte.

Ermöglichen wir unseren Kindern das Lernen in moderner Umgebung, nehmen sie mit in eine andere Zukunft – für die es vielleicht nicht viel mehr braucht als eine zweite Gesamtschule. Seit Jahren fordert DIE LINKE diese und wir hoffen, dass nicht neue Hindernisse dies verhindern. Schließlich wollen wir ja kein Kind zurück lassen, wie Frau Kraft sagt, und zählt nicht vor allem der Elternwille?

Wir setzen uns auch weiterhin für den Schul- und Breitensport ein und kritisieren die Streichung von dezentralen Sportstätten. Stattdessen wird das Millionen-Projekt Stadion geplant und das bei unseren klammen Kassen.

Vielleicht mag der Haushalt, auf dem Papier, 2017 ausgeglichen sein, aber wie steht's mit der Nachhaltigkeit?

Aus dem gerade Gesagten ergibt sich, dass wir dem HH nicht zustimmen werden, da Kürzungsmaßnahmen keine langfristige Lösung herbeiführen.

Notwendig sind daher ausreichende Einnahmequellen durch Bund und Land um die kommunale Selbstverwaltung zu gewährleisten.

Um Ihrer Bitte am Ende entgegen zu kommen, Herr Bürgermeister:

Gerne schauen wir mit Ihnen gemeinsam nach vorne und packen die großen Aufgaben an.

Wir aber visieren ein Ziel an, dass eine **sozial** starke, liebens- und lebenswerte Stadt Velbert erschafft. Daran möchten WIR mit Ihnen arbeiten - gemeinsam.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die Hoffnung stirbt zwar bekanntlich zuletzt, aber wieder ist es nicht gelungen einen zukunftsträchtigen Haushalt zu bekommen. Vermutlich wird man dieses auf das Flüchtlingsproblem und die damit daher gehenden Ausgaben schieben. Natürlich verurteilen wir den schleppenden Geldfluss der Landesregierung, aber wir von der UVB sind auch der Meinung, dass Misswirtschaft in unseren städtischen Gesellschaften mindestens genau so viel Einfluss auf diese Misere hat, als alles andere. Da ja jedem bekannt ist, dass eine Stadt nicht in Insolvenz gehen kann, wird das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Man muss allen Städtischen Mitarbeitern klar machen, dass sparen in unserer Situation die höchste Priorität hat. Mehrere 100.000 Euro für einen Brunnen in Neviges oder über 1,2 Millionen für die Umgestaltung des Platzes am Offers halten wir einfach für übertrieben. Wir können uns noch gut an die Worte vom vorherigen Chef der TBV Herrn Güther erinnern, der in einer Sitzung des Verwaltungsrates sagte, man könne den Platz am Offers für 20000 Euro so herrichten, dass er sowohl als Marktplatz wie auch für die Velberter Bevölkerung sinnvoll zu nutzen wäre. Häufig explodieren in letzter Zeit auch die Kosten bei Straßenbaumaßnahmen. Es ist zu einfach, immer unvorhergesehene Gründe vorzuschieben, wir haben eher den Eindruck, dass in vielen Fällen die geplanten Maßnahmen nicht zu Ende gedacht wurden. Gleichzeitig sollten wir uns einmal Gedanken machen, über solche dauerdefizitären Gesellschaften wie die KVV. Können wir uns so eine Gesellschaft auf Dauer leisten, oder könnten die Aufgaben auch von anderen städtischen Abteilungen mit übernommen werden?

So könnte man schon auf Anhieb viel Geld sparen. Wir verlangen von ihnen Herr Bürgermeister, dass sie der Verwaltung dringend nahe bringen, sich stärker an die Sparvorgaben des Rates zu halten. Wie sollen wir als Politiker den Bürgern erklären, dass die Verwaltung allein nicht in der Lage ist eine juristisch sichere Vorlage für verkaufsoffene Sonntage vorzulegen, sondern dafür trotz anders lautender Vorgaben vom Rat ein externes Gutachten benötigt. Warum ist die Verwaltung noch nicht einmal in der Lage mündlich oder per EMAIL die Einzelhändler in der Innenstadt abzufragen, ob sie weiter so viele verkaufsoffene Sonntage in Velbert Mitte für nötig halten und wenn ja, ob sie dann auch mal ihre Geschäfte öffnen würden? Unnötige Vergaben von Gutachten, ziehen sich leider auch durch andere Abteilungen. Wir fordern die Verwaltung auf, der ausufernden Vergabe von Gutachten Einhalt zu gebieten. Wir brauchen schnellstens klare Regeln für das Einholen von Gutachten sowie eine Deckelung der Ausgaben dafür. Ein besonderes Augenmerk, werden wir auch in Zukunft auf das städtische Planungsamt haben. Hier wurden Bebauungspläne erstellt, die dann, siehe hier Bebauungsplan Wilhelmshöhe in Velbert-Langenberg, solange geändert werden, bis man glaubt, sie würden vor Gericht standhalten und mit dem Wunsch verbunden, dass sie jetzt endlich Gesetzeskonform wären. Sitzen hier die richtigen Leute am richtigen Platz? Sie Herr Bürgermeister hatten bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2017 ein Zitat von Josef Hader heran gezogen, zu viele Menschen denken an Schwierigkeiten, zu wenige Menschen denken an Möglichkeiten. Wir finden dieses Zitat passend, denn um an Möglichkeiten zu denken, sind sie auch von der Velberter Bevölkerung gewählt worden. Wir halten es nicht für förderlich so viel städtische Grundstücke an eine städtische Gesellschaft zu übergeben, um dort die durch selbst zu verantwortende Schuld entstandene Schieflage zu beheben. Wir fordern von der Verwaltung schnellstens ein langfristiges schlüssiges Schulkonzept, das sind wir unseren Kindern schuldig. Es kann nicht sein, dass man sich freut, dass seit dem Jahr 2012 die Zuzüge die Fortzüge übersteigen, aber in Velbert locker Schulen geschlossen werden, Sportplätze und Freibäder entfallen, Initiativen von Einzelhändlern boykottiert werden, Bürgerbüros immer mehr in den Öffnungszeiten geschrumpft werden oder wie in Langenberg und Neviges ganz geschlossen werden sollen. Das eventuelle erneute anheben der Grundsteuer B lockt auch keine zusätzlichen Häuslebauer. So wird Velbert keine tolle Stadt für Neubürger und junge Familien. Da spielt die UVB nicht mit. Ein besonderes Augenmerk, werden wir von der UVB auch auf die gleichmäßige

Kostenbeteiligung an den Mietkosten für städtische Immobilien für die Vereine haben. Dort muss unbedingt eine Gleichbehandlung erfolgen. Es kann nicht sein, dass sich Vereine für so lebenswichtig halten, dass sie glauben, speziell sie müssten gar nichts bezahlen wenn sie städtische Immobilien nutzen. Dies gilt auch für Vereine die glauben sie spielten in der Bundesliga. Also es gibt noch viel zu tun für die Verwaltung und solange davon noch vieles nicht erledigt ist, werden wir dem Haushalt nicht zustimmen.

Wir möchten allerdings Herrn Peitz von der Kämmerei für die hervorragende Unterstützung bei den Haushaltsberatungen danken.

Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die PIRATEN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte Ratskollegen, liebe Velberter,

es soll viel passieren im nächsten Haushaltsjahr:

Die Erweiterung des Sportzentrums um ein Fußballstadion,
die Sanierung eines Hockeyplatzes,
der Bau einer neuen Grundschule mit Sporthalle,
eines neues Schloss- und Beschlägemuseum,
eines Marktzentrum,
eines neuem Klinikums,
die Sanierung des Platzes am Offers
der Kita am Schwanefeld
und des Schloss Hardenbergs,
diese Projekte nenne ich nur mal als Beispiele.

Außerdem soll es keine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer geben!
Wirklich?

Ein Haushaltsausgleich ohne Steuererhöhung? Nicht ganz richtig. Unter den neuen Maßnahmen des Haushaltssanierungsplanes befindet sich eine neue Steuer!

Auch kündigte der Bürgermeister in seiner Rede an, dass es durchaus noch zu Steuererhöhungen kommen kann, falls der Gewerbesteueransatz erheblich unterschritten wird. Der letzte Quartalsbericht zeigt, dass es durchaus dazu kommen kann.

Durch das geringe Eigenkapital hat die Stadt Velbert für die kommenden Jahre kaum noch Spielraum, um mögliche finanzielle Rückschläge zu kompensieren (1). Die geschätzten Einnahmen durch die Gewerbesteuer sind schon sehr optimistisch.

Eigentlich sollte auch die städtische Beteiligungsverwaltungsgesellschaft zur finanziellen Sanierung der Stadt beitragen, doch im Moment ist es eher anders herum. Eine Änderung dieses Zustandes ist aktuell nicht in Sicht und stellt für uns ein nicht kalkulierbares Risiko dar.

Was die Maßnahmen des Haushaltssanierungsplanes angeht, so besteht die Gefahr, dass viele Einsparziele nicht wie geplant umgesetzt werden können.

Wenn wir etwas lesen wie: "Die Maßnahme ist gefährdet aufgrund noch fehlender interner Abstimmung" (2) gewinnen wir den Eindruck, dass der Wille zum Sparen fehlt! Die wenigen zusätzlichen Maßnahmen des Haushaltssanierungsplans werden kaum geeignet sein, um das drohende Defizit auszugleichen.

In anderen Bereichen gehen uns die Sparmaßnahmen nicht weit genug. Noch immer werden Fördergelder nach dem Gießkannensystem verteilt. Bei diesen Fördergeldern sehen wir noch Einsparpotenzial.

Was die Bildung betrifft, treten wir auf der Stelle. Mit einer gemeinsamen Stellungnahme versuchen die Schulleitungen der weiterführenden Schulen gerade, die Weiterentwicklung des Schulentwicklungsplanes zu blockieren. Wir haben alle Schulleitungen deswegen angeschrieben und um eine Begründung gebeten. Leider haben nur zwei überhaupt geantwortet. Eine Begründung erhielten wir lediglich von einer Schulleitung. Der Dialog mit der Politik scheint nicht erwünscht zu sein. Für ein solches Verhalten haben wir keinerlei Verständnis!

Natürlich gibt es den Wunsch nach einer weiterführenden Schule in Velbert-Neuves. Der Auflösungsprozess der HKS ist in vollem Gange und aktuell wird deshalb wieder verstärkt über die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule in Velbert diskutiert. Mitten in die-

sem Prozess fordern die Schulleiter der weiterführenden Schulen eine Dependence der Realschule Kastanienallee in Neviges einzurichten. Zu diesem Zeitpunkt so etwas vorzuschlagen, ist für uns, die wir für einen Erhalt der HKS gekämpft haben, schon ein starkes Stück und es blockiert den so überaus wichtigen Dialog.

Sehr viele Kinder wurden an der bereits existierenden Gesamtschule nicht aufgenommen, weil nicht genügend Plätze vorhanden waren. Was mögen diese Kinder und ihre Familien wohl darüber denken, dass gerade die Schulkonferenz der Gesamtschule und die Schulleitungen der weiterführenden Schulen, eine neue Gesamtschule verhindern wollen?

Inklusion findet an Velberter Gymnasien quasi nicht statt, dies ergab eine Anfrage im Schulausschuss. Warum das so ist sollte unbedingt geklärt werden.

Die Modernisierung der digitalen Infrastruktur an Schulen und in der Verwaltung halten wir auch weiterhin für überaus wichtig! Doch mit den wenigen Mitteln, die im Medienentwicklungsplan dafür vorgesehen sind, wird dies nicht gelingen. Gerade diese geringe Ausgaben für die Bildung stehen im Missverhältnis zu den Kosten der geplanten Baumaßnahmen.

Seit Jahren investiert Velbert viel zu wenig in die Erhaltung der Schulinfrastruktur. Jetzt geht es wohl nicht mehr ohne Fördermittel. Das Programm Gute Schule 2020, soll jetzt die Rettung sein.

Laut Verwaltung stellt das Programm „Gute Schule 2020“ sicher, dass Investitionen in die Schulinfrastruktur auch bei einer Verschlechterung der Haushaltslage durchgeführt werden können und nicht erneut verschoben werden müssen, um den Haushaltsausgleich zu erreichen. (3)

Herr Bensch, zweifeln Sie jetzt schon am eigenen Haushaltsplan?

Gute Schule 2020, das Programm funktioniert in etwa so wie der Werbeslogan einer Supermarktkette: „Kaufen Sie jetzt zahlen Sie morgen!“

Mehr Transparenz haben wir auch bei der Ratsarbeit gefordert. Leider sind wir da nicht einen Schritt weitergekommen. Unter anderem sind die Tischvorlagen nicht weniger geworden.

Dass wir jetzt endlich einen Klimaschutzmanager haben, befürworten wir. Endlich haben wir nun jemanden, der aktiv an der Umsetzung des Energie- und Klimakonzeptes arbeiten kann.

Positiv finden wir auch, dass die Umsetzung des Handlungskonzeptes für die Innenstadt voran schreitet, auch wenn wir nicht mit allen Maßnahmen einverstanden sind.

Ein neues Schloß- und Beschlägemuseum jetzt zu bauen, wo wir noch nicht wissen was aus dem Forum werden soll, halten wir für falsch. Dieses Geld könnten wir aktuell an anderer Stelle sinnvoller einsetzen.

Es ist nicht einfach einen Haushalt zu sanieren, wenn Geld für Projekte ausgegeben wird, die zum jetzigen Zeitpunkt einfach Luxus sind.

Wir sehen ihn leider nicht, den Willen zum Sparen!
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

- (1) Stellungnahme der IHK
- (2) Ratsinformationssystem Übersicht Stadt HSP-Maßnahmen
- (3) Beschluss-Vorlage 428/2016